



Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 A.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 4. Juni 1898.

Inserats die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 A
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Geschäftslage der Metall- und Maschinen-Industrie. — Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin. — Die Leistungen der Gewerkschaften und der Gewerkschaften in Deutschland. — Wahlschwindel mit der Arbeiterversicherung. — Die Revision des bayer. Vereinsgesetzes. — Aus Oesterreich. — Agitationsbericht. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Technisches. — Vermischtes. — Literaturisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Formern nach **Halle a. S.** (Prinzler u. Söhne) A., nach **Höchst a. M.** (Armaturen- u. Wasserwertgesellschaft vorm. Breiter u. Co.) M., nach **Lerr** i. Ostpreußen (Bochhoff u. Ko.) D., nach **Lollar** (Main-Weber-Gütte) M., nach **München** D., nach **Nürnberg** L., nach **Wolfenbüttel** (Brandes) M.;
 - von Feilenbauern u. nach **Bielefeld** und **Schloß Holte** L., nach **Breslau**, nach **Düsseldorf** L., nach **Leipzig** St., nach **Nürnberg** L.;
 - von Klempern nach **Düsseldorf** (Neumann u. Reichel, Werner u. Bardasch, Werner) L., nach **Heidelberg** (Zirkonamentfabrik von Schönenberger), nach **Leipzig** L.;
 - von Bau- u. Loffern nach **Mannheim** D.;
 - von Schloßern und Maschinenbauern nach **Altona** (F. M. Stahl), nach **Lambrecht** i. Pf. (Demmer), nach **Schönbeck** (Winden und Fahrradbau Ferd. Lange);
 - von Schleifern nach **Löbau** (Steinhäuser) M., nach **Oelsnitz** i. Bgtl. (Britannia-Rössel-Fabrik) M., nach **Zwickau** (Regina-Fahrradfabrik von C. Wolf Söhne) D., nach **Bielefeld** (Hengstenberg) St.;
 - von Fahrradarbeitern nach **Brandenburg a. S.**, nach **Harlesruhe** (Paid u. Nein) M.;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach **Bielefeld** St., nach **Erfurt** (Schwade u. Ko.), nach **Salzungen** A.;
 - von Emaillearbeitern nach **Weißenburg a. S.** (Staudinger u. Müller);
 - von Fuß- und Wagenschmieden nach **Breslau** L.
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

Die Geschäftslage der deutschen Eisen- und Stahlindustrie hat sich im ersten Quartal des laufenden Jahres ganz erheblich gebessert; darauf hat auch so wohl die Bewilligung der Flottenvorlage im Reichstage als der spanisch-amerikanische Krieg einigen Einfluß gehabt. In ersterer Beziehung wurde bereits Anfangs Januar vom niederrheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlmarkt gemeldet: „In Grobblechen hat das Syndikat noch sehr mit den vor seiner Gründung gethätigten Abschlüssen, weiter aber auch mit aufstehenden Werken zu schaffen. Besonders sind es Reservoirbleche, die von einigen Feinblechwalzwerken zur Ausfüllung der Lücken im Absatz von Feinblechen gewalzt werden. Eine starke Belebung des Geschäftes erwartet man von der Annahme der Marinevorlage, die meisten Werkdirektoren beteiligen sich deshalb auch an der Flottendemonstration in Berlin am 13. Januar.“ Also die direkten Geschäftsinteressenten, die Prozentpatrioten waren die Macher des Flottenrummels, deren Patriotismus und Begeisterung in der Hochhaltung und Steigerung fetter Antidöden und Dividenden ihre goldene und klingende Anerkennung erhalten. So wird's gemacht in unserer gegenwärtigen famosen Wirtschaft- und Staatsordnung. Mitte Februar wurde gemeldet, daß in Grobblechen für Schiffsbauten Aufträge von ca. 30,000 Tonnen (1 Tonne gleich 20 Zentner) gegeben wurden und über weitere Geschäfte mit den Hamburger Schiffswerften Verhandlungen schwebten. Mitte März wurde berichtet: „Für Grobbleche wirkten die günstigen Aussichten auf An-

nahme der Marinevorlage animierend, in Kesselblechen ist durchweg gut zu thun, auch für Schiffs- und Konstruktionsmaterial konnten neue größere Ordres, wenn auch zu gedrückten Preisen, hereingenommen werden.“ Der Preis für Kesselbleche aus Schweizeisen stand Ende März so wie Ende Dezember 1897 das Maximum, nämlich auf 177,50 M. per Tonne; der Minimalpreis betrug damals 175 M.

Die Preise für eine Reihe Eisen- und Stahlorten weisen in dem ersten Quartal folgende Schwankungen auf nach den amtlichen Aufzeichnungen des kaiserl. statistischen Amtes in Berlin:

	Januar	März
	p. Tonne	p. Tonne
	M.	M.
Buddeleisen (Breslau) . . .	59,—	58,— (Febr.)
Gießereieisen . . .	58,—	61,—
Bessemer (Dortmund) . . .	63,50	63,50
Buddeleisen . . .	58,—	58,—
Thomaseisen . . .	58,—	58,—
Buddeleisen (Düsseldorf) . . .	58,50	58,50
Gießereieisen . . .	67,—	67,—
" (Luxemburg) . . .	52,—	52,—
Schott. Gießereieisen (Berlin) . . .	71,95	71,—
Englisches " . . .	61,25	59,50
Schottisches " (Hamburg) . . .	70,—	69,60
Middlesbro " . . .	62,—	61,90
Geßm. Stabeisen (Lübeck) . . .	225,—	225,—

Es sind dies durchschnittliche Großhandelspreise, von denen im Einzelnen natürlich vielfache Abweichungen stattfinden. Betrachten wir die vorstehende Preisabelle, so zeigt sich, daß die Preise für deutsche Produkte gleichgeblieben oder gestiegen sind, während die für englische Produkte einen Rückgang erfuhr. Aus diesen gegensätzlichen Preisbewegungen darf man wohl auf eine Bevorzugung der deutschen Eisenproduktion schließen.

Nach den Notirungen der Düsseldorfer Börse wurde gerösteter Spateisenstein Ende Januar zu 15,40 bis 17 M. gegen 15,70—16,70 M. eine Woche vorher verkauft, wobei gleichzeitig die im Allgemeinen gute Beschäftigung konstatirt wurde. Spanischer Hämatit war mit 74 M. um 1 M. niedriger als Anfangs des neuen Jahres. Mitte Februar bezeichnete der offizielle Bericht der Düsseldorfer Börse die Preise für Fertigfabrikate als gedrückt gegenüber den Preisen für Rohprodukte und Halbfabrikate. Rohspat ging weiter um 30 A, gerösteter Spateisenstein um 20 A, englisches Roheisen um 1 M. zurück. Das Gasrohrsyndikat ließ Ende Januar eine erhebliche Preisermäßigung eintreten, um die amerikanische Konkurrenz auf dem deutschen Markte zu bekämpfen. Der Halbzeugverband beschloß Ende Januar unter Beibehaltung der bisherigen „Nichtpreise“ eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung zu bewilligen für Draht, Bandblech, Fein- und Grobbleche. Auf den Preis von 94 M. per Tonne Drahtknüppel wurde die Ausfuhrvergütung von 10 auf 12 M. erhöht. Ende März wurde aber gemeldet, daß in Amerika ein Draht-Trust gebildet wurde für eine Jahresproduktion von 1 Million Tonnen, wodurch die Preise für die Drahtfabrikate, welche in Deutschland und Belgien sowie schon über den Bedarf hinaus hergestellt worden sind, weiter gedrückt würden.

In Siegerland wurde Anfangs Januar die Produktion von Roheisen um 25 Prozent eingeschränkt, im März die Produktion von Eisenstein um 20 Prozent.

Vom oberschlesischen Eisenmarkt wurde über langsame Abwärteln der Preise in den Absatzgebieten mit scharfer Konkurrenz, wie Sachsen, Berlin und Ostpreußen berichtet und zwar von 2,50—5 M. per Tonne; gleichzeitig aber gemeldet, daß die Beschäftigung auf Grund früherer Abschlüsse fortgesetzt

auf befriedigender Höhe sei, da allerwärts dringender Bedarf vorhanden sei.

Ueber die Lage der Gießereien, Maschinenfabriken und der Kleineisenindustrie wurde berichtet, daß die Gießereien durchweg sehr gut beschäftigt sind und sodann weiter gesagt: „Nicht gut ist der Arbeitsvorrath bei den Maschinenfabriken, in denen auch sehr viel zum Export vorliegt, da England nicht liefern kann und die exakte Ausführung seitens der deutschen Werke durch das Ausland immer mehr anerkannt wird. Auch in Kesselfabriken ist die Beschäftigung gut und neue Arbeit hinzugekommen. In Brückenbauten ist das Arbeitsquantum reichlich und reicht noch für längere Zeit aus. Unter diesen Umständen erwartet man auch für Stabeisen und Feinbleche eine Belebung des Inlandsgeschäftes im Laufe des Februar, spätestens im März. In Schienen, Schwellen und Lasken für Eisenbahnen ist gut zu thun, auch die Lokalbahnen bringen viel Arbeit, ungünstiger steht es aber um Grubenschienen, deren Preise denn auch außerordentlich gedrückt sind. Lokomotiv- und Waggonfabriken haben vollauf zu thun. In der Kleineisen-Industrie sind die Werke, die Schienenbefestigungsmaterial produzieren, sehr gut beschäftigt, auch in Nieten ist genügender Absatz, in geschmiedeten Nägeln und Drahtstiften aber bestehen große Vorräthe, und die Preise sind so gedrückt, daß nur die äußerste Noth ihre Annahme erklärlich macht. In Schloßern und gegossenen Schlüsseln ist das Geschäft etwas geringer geworden, die Absatzverhältnisse aber doch nicht ungünstig, der billige Preis von Feinblechen gestattet in größerem Umfange den Export. In landwirthschaftlichen Geräthen hat sich das Geschäft nicht in erhofftem Umfang belebt, besonders in Heu- und Dünggabeln stockt der Export, der auch für Schaufeln weiter zurückgegangen ist. Rußland war hierin früher ein bedeutendes Absatzgebiet, dort existiren aber bereits leistungsfähige Fabriken, die auch in Italien entstehen und durch den Staat gefördert werden. In Ambosen, Hämmern, Grubenwerkzeugen ist der Inlandsabsatz gut, im Auslande ist scharf mit belgischer Konkurrenz zu rechnen. Der Absatz in Schneidwerkzeugen leidet unter dem starken Rückgange des Exports nach Amerika und die Schlittschuhfabrikanten haben ihren Vorrath des milden Winters wegen nicht absetzen können, auch bei den Händlern ist viel unberauft geblieben, die Aussichten sind also nicht besonders. In Kettenfabriken, deren Vereinigung nur ein Theil angehört, sind die Konventionspreise nicht immer durchzusetzen. In Baubeschlag ist der Absatz regelmäßig und die Ordres noch zunehmend. Die Velozipedfabriken klagen über den Import billiger amerikanischer Maschinen, bezw. der einzelnen Theile, die des Zolles wegen erst im Inlande zusammengeleget werden.“

Gleich günstig lauteten die Berichte das ganze Quartal hindurch. Nur die auf den Export angewiesenen Branchen klagten über unbefriedigende Geschäftslage und strebten ausreichende Exportbonifikationen an. Auch in der Werkzeugbranche wurde über ungenügenden Absatz geklagt, desgleichen seitens der Schloßfabriken.

Der im April zum Ausbruche gekommene spanisch-amerikanische Krieg warf auf dem wirtschaftlichen Gebiete schon Anfangs März und noch früher seine Schatten voraus. Insbesondere erhielten die amerikanischen Schiffsbauanstalten von der einheimischen Regierung reichliche Aufträge, in Folge dessen ihre Konkurrenz auf dem Weltmarkte zurücktrat, welcher Umstand zur Belebung des deutschen Geschäftes einiges beitrug. Dieser Einfluß machte sich nach Ausbruch des Krieges noch in verstärktem Maße geltend und führte zu mehrfachen neuerlichen Preiserhöhungen. Von besonderem Interesse ist, daß das Siegerland nach

Amerika große Mengen Spiegeleisen liefert, da die Zufuhr manganhaltiger Eisenerze aus den spanischen Gruben in Folge des Krieges ausfällt.

Indessen sind diese Wirkungen wie auch die der deutschen Flottenvermehrung auf unsere Industrie nur vorübergehender Natur und indem sie zur Erweiterung der Betriebsanlagen und Vermehrung der Produktion anspornen, werden sie dazu beitragen, die nicht ausbleibende, wenn auch hinausgeschobene Wirtschaftskrise um so fürchterlicher, namentlich für die Arbeiter zu machen.

Daß im ersten Quartal trotz aller geschäftlichen Schwankungen die Industrie nicht zurückgegangen ist, zeigt auch die Statistik der deutschen Roheisenproduktion, die 1,809,525 gegen 1,659,556 Tonnen betrug, also um rund 150,000 Tonnen mehr als im ersten Quartal 1897. Auch die deutsche Ausfuhr an Produkten der Metall- und Maschinenindustrie hat eine Steigerung von 310,051 Tonnen in den ersten drei Monaten des Vorjahres auf 386,398 Tonnen erfahren, also um 76,347 Tonnen. Bekanntlich ist auch die Börse ein Barometer — wenn auch nicht immer ein richtiges — für den Stand der wirtschaftlichen wie der politischen Dinge. Eine Gegenüberstellung von 101 Aktiengesellschaften der Metall- und Maschinenindustrie zeigt nun, daß die größere Mehrzahl derselben Ende März einen theilweise viel höheren Börsenkurs ihrer Aktien zu verzeichnen hatte, als Ende Dezember 1897. Eine kleine Auslese gewährt folgende Uebersicht:

Table with 4 columns: Name of factory, Ende März 1897, Ende März 1898, Kurssteigerung. Lists various metal and machine factories with their stock price changes.

Und so weiter. Diese Kurssteigerungen sind Be- weise für die flotte Beschäftigung der Unternehmungen, für die an die Aktionäre zur Auszahlung gelangenden fetten Dividenden und sie sind sodann weiter kräftige Ansporne für die Fabrik- und Werkdirektoren, die Ausbeutung der Arbeiter bis auf's Aeußerste, bis zum körperlichen Zusammenbruche zu betreiben, um immer höhere Gewinne zu erzielen und um die hohen Börsen- kurse zu erhalten und sie womöglich noch höher zu schrauben. Wer das erreicht, der ist ein tüchtiger, von jedem Aktionär geschätzter Direktor, der gut bezahlt und auch noch durch fette Landeinen für seine Profitmacherei belohnt wird. Fette Gewinne zu machen, ist der einzige Zweck der Aktiengesellschaften wie der einem Einzelnen oder auch dem Staate gehörenden Unternehmungen. Der Gewinn ist der einzige Kitt, der die kapitalistische Gesellschaft zusammenhält und darum ist von ihr Derjenige am meisten angesehen, wie z. B. der Stamm oder der Krupp, der am meisten Gewinn zu machen versteht. Man nennt diese bes- wegen auch die „Männer der Ordnung“, die armen Teufel aber die „Unstärker“.

(Schluß folgt.)

Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin.

u. Unter diesem Titel hat Dr. E. Hirschberg, der Direktorialassistent des statistischen Amtes der Stadt Berlin und Leiter des statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg ein Werk *) erscheinen lassen, das nicht bloß seines reichen zusammenfassenden und statistischen Inhalts, sondern auch seiner vorbildlichen Bedeutung wegen in Arbeiter- und speziell in Gewerkschaftskreisen die weitgehendste Beachtung verdient. Die soziale Lage der Arbeiterklasse eines Landes oder einer Welt- stadt in allen ihren wesentlichsten Einzelheiten mit

statistischer Gründlichkeit in einem Gesamtbild dar- zustellen, ist bei dem gegenwärtigen Stande der Statistik und der Verstreutheit des bezüglichen Materials gewiß kein leichtes Unternehmen, und es gehörte dazu schon ein Berufsstatistiker, dem die Archive und statistischen Quellen in Folge seiner amtlichen Beziehungen zur Verfügung standen, wie es bei dem Verfasser zutrifft. Trotzdem bedurfte es, wie er im Vorwort mittheilt, etwa 10jähriger Materialsammlung, ehe die Arbeit verwirklicht werden konnte; seitdem flossen die statisti- schen Quellen reichlicher, das Interesse für soziale Mißstände der Arbeiterlage erwachte mehr und mehr und förderte manches bisher Verborgene zu Tage. So war es möglich, gleichsam ein Handbuch der Berliner Sozialstatistik zu schaffen, das nicht bloß dem Berliner und namentlich für Berliner Arbeiter von höchstem Interesse ist, sondern auch weit über die Grenzen Berlins hinaus von Allen, die sich mit der Erforschung und Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter befassen, willkommen geheißen wird. Den Gewerkschaften insbesondere, aus deren Kreisen so viele statistische Veröffentlichungen hervorgehen, gibt das Werk wichtige Fingerzeige hinsichtlich des Auf- baus ihrer Erhebungen, und Vieles ist darin enthalten, was, wie es der Verfasser auch hofft, zu Spezialstudien anregt.

Die soziale Lage der Arbeiterklasse Berlins schildert Dr. Hirschberg in 12 übersichtlichen Abschnitten. Be- ginnend mit statistischen Nachweisen über die Zahl der Arbeiter und ihrer Zusammenfassung nach Beruf, Alter, Konfession, sowie der Zu- und Abwanderung, schildert er die Entwicklung Berlins zur Groß- und Industrie- stadt, die sich am Deutlichsten in den Resultaten der folgenden 4 Zählungen kundgibt. Es wurden ermittelt:

Table showing population statistics for Berlin from 1816 to 1895, including worker and citizen counts.

Table showing industrial production statistics for Berlin, categorized by industry like copper smelting, iron works, etc.

Berechnet man, daß von diesen 57 439 Arbeitern der Metall- und Maschinenindustrie nach der 1897er Abrechnung nur 10 561 im Metallarbeiterverband organisiert waren, so ist zu ersehen, wie groß die Zahl der Nichtorganisierten ist, wie sich auch das Verhältnis der Organisierten in den einzelnen Branchen seitens der Verwaltungsbeamten leicht feststellen läßt. Inter- essant sind auch die Nachweise über den Umfang der gewerblichen Kinderarbeit; nach Hirschberg's Annahme werden in Berlin zu 10 000 schulpflichtige Knaben und 5000 Mädchen beschäftigt, deren Thätigkeit vor- wiegend in Zeitungs- und Sammelanstrengen, Boten- gängen und häuslichen Diensten besteht.

Der zweite Abschnitt ist den Wohnungsver- hältnissen gewidmet, wobei namentlich die Bestre- mungen der Wohnungsreformer und gemeinnützigen Vereine einen breiten Raum einnehmen. Dann folgen die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Arbeiter, die Unfallstatistik z., die sich auf ein reich- haltiges Zahlenmaterial stützen, das Arbeiterver-

sicherungswesen, wobei namentlich die Konkurrenz der Krankenkassen untereinander auffällt und dem Leser die Ueberzeugung aufdrängt, daß eine gemeinsame Kranken- versicherung, wie sie z. B. in der allgem. Ortskranken- kasse zu Leipzig in musterhaftester Weise verwirklicht ist, sowohl hinsichtlich der Leistungen und Merzfrage, als auch der Verwerthung der Statistik die beste Lö- sung wäre. Der folgende Abschnitt über Schulwesen zeigt, wie sehr es noch der Fürsorge bedarf, um die Noth der Kinder der Aermsten zu lindern.

Von besonderem Interesse ist der Abschnitt über die sozialen Einrichtungen, wie Fabrikinspektion, Gewerbegerichte, Einigungsamt, Innungen zc., wobei der Verfasser vor Allen eine organische Zusam- menfassung aller dieser der sozialen Fürsorge gewid- meten Thätigkeit in einem Arbeitsamt vermißt, das von Staat und Stadt zu gleichen Theilen zu unter- halten sei. Eine wirtschaftliche Abtheilung sollte zur Führung einer brauchbaren Statistik der Betriebe und Arbeiterzahl, der Unfälle und Folgen, Erkrankungen und Sterbefälle, der Arbeitszeit, Löhne und Arbeits- vermittlung zc. veranlaßt werden, während einer an- deren Abtheilung die Entscheidung der Rechtsstreitig- keiten zufiele. Auch dürfte die Thätigkeit des Ar- beitsamts nicht auf die Fabrikbetriebe beschränkt, son- dern müßte auf die kleineren und hausindustriellen Betriebe ausgedehnt werden, — eine Wirksamkeit des Arbeitsamtes, die sich völlig mit der im 1884er sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzent- wurf vorgeschlagenen deckt.

Die nächsten Abschnitte behandeln die Arbeiter- organisationen und die jetzige Arbeiterbewegung; sie sind mit anerkannter Objektivität behandelt, nur die Märferei der Arbeiter und ihre kulturelle Bedeutung will dem nüchternen Statistiker noch nicht einleuchten. Er sieht darin nicht den Ausdruck des Dranges nach besseren Verhältnissen, sondern eine Eingebung des Uebermuthes, der Ueberhebung, ein prohenhaftes Pochen auf die Macht, was vielleicht verständlich wäre, wenn die Arbeiter gut organisiert und mit wohlgefüllten Kassen thätig eine Macht- stellung besäßen, aber in der jetzigen Abhängigkeit nicht angebracht wäre. Die Arbeiterklasse denkt anders darüber und wer die Begeisterung, mit der Tausende sich von des Tages Frohn losmachen und den Lohn- verlust nicht achten, um für die von allen Sozial- politikern als berechtigt anerkannten Forderungen zu demonstrieren, mitzunehmen vermag, bei wem der Groll, mit dem sie gegen die Entrechtungspläne rea- tionärer Gewaltpolitiker protestieren, noch ein Echo findet, der wird milde urtheilen und der Arbeiterklasse den selbstgeschaffenen Feiertag nicht mißgönnen. Zu vernünftigen ist indeß eine Uebersicht über die gewerk- schaftlichen Organisationen in Berlin, die sich Dr. Hirschberg leicht durch die Berliner Gewerkschafts- kommission hätte verschaffen können.

Sehr erläuternd sind die nachfolgenden Ausführ- ungen über Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermitt- lung, die durch eingehende statistische Tabellen und durch besondere graphische Darstellungen belegt und veranschaulicht werden. Die Plaidoyer's für Arbeits- losenversicherung und Centralisation des Ar- beitsnachweises werden zwar bei Manchem Wider- spruch finden, wie sich denn auch in anderen Einzel- heiten die Reformvorschlüge des in bureaukratischem Gesichtskreis wirkenden Verfassers ganz anders gestalten, als in den Köpfen der um die Wahrnehmung ihrer Interessen kämpfenden Arbeiter. Gerade auf diesem Gebiete, wo alle Einrichtungen in ihrer Wirksamkeit von dem Vertrauen und der Mitarbeit der Arbeiter abhängen, darf nichts über die Köpfe der Arbeiter hinweg geschaffen werden, was diese in ihren wichtig- sten Interessen schädigen könnte.

Das wichtigste Kapitel des Werkes behandelt die Arbeitslöhne, Arbeitszeit und andere Arbeits- verhältnisse, bei deren Darstellung sich der Verfasser namentlich auf die Lohnnachweisungen der Berufsge- nossenschaften und auf Ermittlungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin stützt. Die Angaben sind nach beruflichen Gruppen zusammengestellt und wir halten besonders die auf die Metallindustrie bezüglichen Tabellen für erörterungswert. Zunächst gibt der Verfasser eine Uebersicht über die Löhne in der Berliner Feinmechanik (einschließlich einiger großer Charlottenburger Betriebe) für die Jahre 1891 bis 1893, nach dem Material der Berufsgenossenschaft bearbeitet, das 1891: 15 369, 1892: 21 356 und 1893: 22 211 männliche Arbeiter umfaßte. Darans geht ein Gleichbleiben der Löhne in den Jahren 1891/92, sowie ein Anziehen nach 1893 hervor. Auf die einzelnen Branchen vertheilt sich die Lohngruppen wie folgt: Auf je 100 Arbeiter kommen in nachstehen- den Lohnklassen:

*) Dr. E. Hirschberg: Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin. Berlin 1897. Verlag von Otto Schömann. 311 S. Preis M. 5,50.

Table with 5 columns: pro Tag in Markt, bis M 3, M 3-5, über M 5, unbestimmt. Rows include Metallschraubenfabrikation, Telegraphen- und Telephonbau, Elektrotechnische Industrie, and Gewehr- u. Instrumenten-Industrie.

Darnach sind innerhalb dieser Lohngruppen die Löhne nur in der Gewehrindustrie und im Telegraphen- und Telephonbau gestiegen; in der Elektrotechnik sind sie im Wesentlichen gleich geblieben...

Table with 8 columns: 1-30 Tage, 31-100 Tage, 101-200 Tage, 201-300 Tage, über 300 Tage, unbestimmt. Rows include Feinmechanik, Metallschraubenfabrikation, Telegraphen- und Telephonbau, Elektrotechnik, and Gewehr- und Instrumentenfabrikation.

Die Zahlen beziehen sich auf die Beschäftigungsdauer, bezw. Stelldauer in den einzelnen Betrieben, geben also keinen direkten Aufschluss über die Arbeitslosigkeit.

Weiter werden die 1895er Lohnverhältnisse in der Edel- und Uedel-Metallindustrie mit 18,800 Arbeitern, davon 16,257 männliche, dargelegt...

Table with 9 columns: Branche, Lohnklassen (bis M 3, M 3-5, M 5-8, über M 8), Stücklohnklassen (bis M 3, M 3-5, M 5-8, über M 8). Rows include Gold-, Silber- u. Messingwaaren, Knopffabriken, Bronzewaaren, Lampenfabr., Metallw.-Fabr., Kupfer-, Messing u. Gürtlerei, Vieherei und Schmelzerei, Sonst. Betriebe, Edel- u. Uedelmetallind. überh.

Die niedrigsten Lohnklassen waren darnach in der Knopffabrikation und in den Kupfer- und Messingwaarenfabriken am stärksten und entsprechend die höchsten Lohnklassen am schwächsten besetzt.

66,7 Prozent der Klempner. Ein Vergleich zwischen Lohnklassen und Stelldauer ergab auch hier in den höheren Lohnklassen die größte Beständigkeit der Arbeitskräfte...

So reichhaltig und umfassend das Werk ist, das die soziale Lage der Arbeiter Berlins veranschaulicht, so hätte noch manche Lücke ausgefüllt und manche Erscheinung besser beleuchtet werden können...

Die Leistungen der Gewerkevereine und der Gewerkschaften in Deutschland. *)

Von A. v. Elm.

Für die Leistungsfähigkeit der Gewerkevereine führt Herr Dr. Max Hirsch in Nr. 10 der „Sozialen Praxis“ vom 9. Dezember 1897 die größeren Klassenbestände derselben gegenüber den Gewerkschaften ins Feld.

Ende 1895 hätten die Gewerkevereine bei 66759 Mitgliedern zusammen 741257 Mark Klassenbestand gehabt, mithin über 11 Mark pro Kopf.

Das Durchschnittsvermögen pro Mitglied bei den Gewerkschaften sucht Herr Dr. Max Hirsch zu ermitteln, indem er die Verbände mit dem größten Vermögen außer Betracht läßt und dann seine Berechnungen anstellt.

Sind nun die Klassenbestände allein ein Maßstab für die Leistungsfähigkeit von Organisationen? Man sollte meinen, einem Manne, der an der Spitze von Arbeiterorganisationen steht, sollte es weit mehr darauf ankommen, die tatsächlichen Leistungen derselben selbst ins rechte Licht zu stellen...

Wenn Herr Dr. Max Hirsch keine Vergleiche anstellt zwischen den tatsächlichen Leistungen seiner Gewerkevereine und den Gewerkschaften, so weiß er wohl warum, wie wir sehr bald sehen werden, wenn wir einmal die Zahlen reden lassen.

Bekanntlich prahlen die Hirsch-Dunkerianer bei jeder Gelegenheit mit der in ihren Vereinen eingeführten Arbeitslosenunterstützung. In dieser ist bei denselben eingeschlossen die Unterstützung bei Arbeitsdifferenzen und die der Gemäßregelten.

Wollen wir also einen wirklich maßgebenden Vergleich anstellen, dann dürfen wir zur Berechnung nur diejenigen Gewerkschaften heranziehen, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen und müssen auch bei den

gewerkschaftlichen Verbänden die bei ihren statistischen Angaben besonders aufgeführten Unterstützungen bei Streiks, wie auch die der Gemäßregelten hinzurechnen.

Table with 4 columns: 1892, 1893, 1894, 1895. Rows include An Reiseunterstützung, Ueberbedelungsbefähigung, Arbeitslosenunterstützung, Unterstützung in besonderen Nothfällen, Zusammen, Die Mitgliederzahl betrug.

Mithin wurden pro Mitglied an Unterstützung verausgabt 0,97, 1,03, 1,04, 1,12 Mk. Der Durchschnitt der vier Jahre ergibt 63309 Mitglieder, 66060 Mark Unterstützung, das ist pro Mitglied 1,04 Mark.

Diejenigen Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung zahlten (es sind dies die Bildhauer, Brauer, Buchdrucker, Former, Glasarbeiter, Glaser, Handschuhmacher, Hutmacher, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Porzellanarbeiter und Zigarrenfortirer) verausgabten in derselben Zeit:

Table with 4 columns: 1892, 1893, 1894, 1895. Rows include An Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Gemäßregeltenunterstützung, Streitunterstützung, Unterstützung in besond. Nothfällen, Summa.

Die Mitgliederzahl der genannten Gewerksch. betrug 40826, 46605, 46944, 53632

Mithin wurde p. Mitglied an Unterstg. verausgabt M 20,40, 9,70, 10,69, 9,68. Im Durchschnitt berechnet ergeben die vier Jahre 47002 Mitglieder, 576412 Mark Unterstützung, mithin pro Mitglied 12,26 Mark.

Die genannten Gewerkschaften zahlten ihren Mitgliedern also nahezu zwölfmal so viel Unterstützung, wie die Gewerkevereine!

Die Beiträge der Gewerkevereine betragen je nach der Höhe der Unterstützung 10, 15 und 20 Pfennig pro Woche und pro Mitglied.

Sind nun etwa die Beiträge der Gewerkschaften bei der zwölffachen Leistung auch zwölfmal so hoch, wie bei den Gewerkevereinen?

Nein, die betreffenden Gewerkschaften erheben einen Beitrag von 10 bis 50 Pfennig, durchschnittlich zirka 30 Pfennig pro Woche und pro Mitglied.

Nehmen wir bei den Gewerkevereinen einen Durchschnittsbeitrag von 15 Pfennig pro Woche und pro Mitglied, so ergibt sich für die Gewerkschaften die sechsfache tatsächliche Leistung im Vergleich zu den Gewerkevereinen. Aber auch der höhere Klassenbestand der Gewerkevereine verschwindet, wenn wir zum Vergleich jene Gewerkschaften heranziehen, die gleich den Gewerkevereinen Arbeitslosenunterstützung zahlen.

Die angeführten 12 Gewerkschaften hatten 1895 33632 Mitglieder und zusammen ein Vermögen von 1249258 Mark, also pro Mitglied 23,30 Mark, mithin verhältnismäßig mehr als doppelt so viel Vermögen, wie die Gewerkevereine.

Diese allein richtige Berechnung zeigt uns also, wie geradezu winzig die Leistungen der Gewerkevereine gegenüber denjenigen Gewerkschaften sind, die ihren Mitgliedern ebenfalls Unterstützung bei Arbeitslosigkeit gewähren.

Aber selbst dann, wenn wir sämtliche Gewerkschaften, also auch die große Zahl derjenigen, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen, mit in den Vergleich einbeziehen, ergibt sich noch immer, daß die Gewerkschaften viermal so viel leisten wie die Gewerkevereine.

Der geneigte Leser prüfe selbst: Soweit Jahresabrechnungen von den einzelnen gewerkschaftlichen Verbänden bei der Generalkommission der Gewerkschaften eingingen und von dieser im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht wurden, stellten sich die Ausgaben und die in Betracht kommenden Mitgliederzahlen wie folgt:

Table with 4 columns: 1892, 1893, 1894, 1895. Rows include Reiseunterstütg., Arbeitslosenunterstützung, Streitunterstütg., Gemäßregeltenunterstützung, Unterstützung in bes. Nothfällen, Summa.

*) Aus „Neue Zeit“ Nr. 34, 1898.

	1892	1893	1894	1895
D. Mitgliederzahl betrug	227 023	221 530	191 472	214 836
Mithin wurden pro Mitglied an Unterst. voraussch. ausg. $\frac{1}{4}$ 4,61	3,09	4,30	3,80	
Die gesammten Mitgliederzahlen der vier Jahre zusammengerechnet sind 854 861, die Unterst. summen ergeben zusammen 3 369 145,30 Mark.				

Im Durchschnitt wurden demnach pro Mitglied 3,94 Mark an Unterst. gezahlt, während die Gewerksvereine, wie oben festgestellt, nur 1,04 Mark pro Kopf verausgabten.

Und nun endlich noch ein Vergleich, indem wir die zwölf leistungsfähigsten Gewerkschaften vollständig außer Berechnung lassen und nur die Gewerkschaften nehmen, die keine Arbeitslosenunterst. zahlen.

Die Ziffern ergeben sich, indem wir die für die zwölf genannten Gewerkschaften festgestellten Summen von den oben angeführten Gesamtsummen in Abzug bringen.

	1892	1893	1894	1895
Unterstützungsbeiträge	213 835	233 273	321 252	295 126 M.
Mitgliederzahl	186 197	174 925	144 528	161 204
Mithin pro Kopf	1,15	1,33	2,22	1,83 M.
Addiren wir die vier Jahre, so erhalten wir:				
Unterstützungsbeiträge zusammen	1 063 486 M.			
Mitgliederzahl zusammen	666 854			
Mithin im Durchschnitt pro Kopf	1,59 M.			

Also die Gewerkschaften, die bis 1895 noch keine Arbeitslosenunterst. zahlten, verausgabten dennoch 50 Prozent mehr pro Mitglied an Unterst., als die Gewerksvereine einschließlich ihrer Arbeitslosenunterst. Ansehung dieser Thatsache ist nur eins erstaunlich, nämlich, daß die Gewerksvereine keine höheren Klassenbestände, als von ihnen angegeben, aufzuweisen haben. Die Gründe hierfür festzustellen, wird schwer möglich sein, da Gesamtübersichten über sämtliche Ausgaben der Gewerksvereine, wie solche von der Generalkommission für die Gewerkschaften alljährlich zusammengestellt werden, von den Gewerksvereinen bisher nicht veröffentlicht wurden.

Einen Fingerzeig zur Beurtheilung des Umstandes, daß trotz der winzigen Ausgaben der Gewerksvereine für direkte Unterst. der Mitglieder die Klassenbestände nicht größer sind, bietet die Jahresabrechnung des Gewerksvereins der Lederarbeiter. Zum Vergleich sei die der Gewerkschaft der Lederarbeiter herangezogen. Beide Vereine hatten 1896 annähernd dieselbe Mitgliederzahl — der Gewerksverein 4820, die Gewerkschaft 4084 — wobei jedoch der Umstand in Betracht kommt, daß im Gewerksverein auch die Schuhmacher mit eingerechnet sind, während bei den Gewerkschaften dieselben eine besondere Organisation bilden, die 1896 11 926 Mitglieder zählte.

Die Einnahmen betragen beim Gewerksverein der Lederarbeiter 1896 24 235,04 Mark, die Ausgaben 25 302,07 Mark; bei der Gewerkschaft Einnahmen 44 469,13, Ausgaben 49 698,52 Mark.

An direkten Unterst. verausgabte der Gewerksverein für Rechtschutz 509,57 Mark, Reiseunterst. 889,32, Umzugsgeld 903,25, Arbeitslosenunterst. 4 629,50, für Wohlthätende 640 Mark, das sind zusammen 7 571,64 Mark; die Gewerkschaft verausgabte für Rechtschutz 212,30, Reiseunterst. 19 019,45, Umzugsgeld 3 344,55, Arbeitslosenunterst. 3 802, Streikunterst. 10 622,57 — zus. 37 000,87 Mark.

An Ausgaben für Agitation und Verwaltung wurden gemacht: im Gewerksverein: Agitation 835,55, Inzerate, Druckkosten 661,65, Hauptverbands- und Ortsverbandsbeiträge 1 636,10, Betriebs- und Verwaltungskosten der Ortsvereine 3 163,40, der Hauptkasse 3 308,22, sonstige Ausgaben 473,11 Mark — zus. 10 078,03 Mark. In der Gewerkschaft: Agitation 338,15 Mark, Beitrag an die Generalkommission 576, Schätler 1 650, Verwaltungsmaterial 2 804,60, Zahlstellenverwaltung 1 884,46 — zusammen 7 253,21 Mark.

Sonstige Ausgaben: im Gewerksverein: Bildungszweck 599,47, Generalversammlung 1 417,20, Verbandsorgan: „Lederarbeiter“ 4 191,23, „Gewerksverein“ 952, Beitragsdeckung an Arbeitslose 4 92,50 Mark — zusammen 7 652,40 Mark; in der Gewerkschaft: Generalversammlung 1 924,25 Mark, Verbandsorgan 3 520,19 Mark, zusammen = 5 444,44 Mark. Es ergibt sich somit folgendes Verhältnis zur Gesamtausgabe:

	Gewerksverein	pro Mitglied	Gewerkschaft	pro Mitglied
Unterstützungen	7 571,64 M.	1,57 M.	37 000,87 M.	3,94 M.
Agitation und Verwaltung	10 078,03 M.	2,07 M.	10 078,03 M.	2,07 M.
Verbandsorgan	5 143,23 M.	1,07 M.	5 143,23 M.	1,07 M.
Generalversammlung	1 417,20 M.	0,29 M.	1 417,20 M.	0,29 M.
Bildungszweck*) und Arbeitslosenbeiträge	1 091,97 M.	0,23 M.	1 091,97 M.	0,23 M.
Summa	25 302,07 M.	5,25 M.	49 698,52 M.	10,41 M.

	Gewerkschaft	pro Mitglied
Unterstützungen	37 000,87 M.	74,906 M.
Agitation und Verwaltung	7 252,19 M.	15,178 M.
Verbandsorgan	3 520,19 M.	7,086 M.
Generalversammlung	1 924,25 M.	4,047 M.
Bildungszweck*) und Arbeitslosenbeiträge	—	—
Summa	49 698,22 M.	12,17 M.

Im Jahre 1896 waren die Ausgaben für Unterst. im Gewerksverein der Lederarbeiter nun nicht etwa ausnahmsweise niedrig — im Gegentheil, von 1869 bis 1889 verausgabte derselbe an Reise- und Arbeitslosenunterst. zusammen 10 499, 1890 3 173, 1891 4 342, 1892 2 858, 1893 3 329, 1894 3 876, 1895 3 949 Mark; für Rechtschutz wurden verausgabte 1869 bis 1889 zusammen 3 229 Mark, 1890 bis 1895 inklusive durchschnittlich 338 Mark pro Jahr.

Auch das Jahr 1897 ergibt für den Gewerksverein kein wesentlich anderes Resultat wie 1896.

Gesamteinnahme 28 871,36 Mark (darunter Sammlung Weissenfels 9 172,20 Mark), Gesamtausgabe 25 610,76 Mark, davon für Unterst. 8 869,16 Mark, das sind 35 Prozent; für Agitation und Verwaltung 10 079,42 Mark, das sind 40 Prozent; Verbandsorgan 5 434,75 Mark, das sind 21 Prozent; Bildungszweck, Arbeitslosenbeiträge zusammen 12 277,43 Mark = 4 Prozent.

Für 1897 liegt die Zusammenstellung der Gewerkschaften noch nicht vor, um einen Vergleich anstellen zu können.

Das Ergebnis von 1896 und 1897 für den Gewerksverein der Lederarbeiter ist also: nur ein Drittel ist für Unterst. verausgabte, zwei Drittel dagegen für Agitation, Verwaltung und Verbandsorgan. Ist das Verhältnis in den übrigen Gewerksvereinen dasselbe, dann erklärt dies zur Genüge, weshalb keine höheren Klassenbestände vorhanden sind.

Die Gründe für die minimalen Leistungen der Gewerksvereine lassen sich nun mit leichter Mühe feststellen, sobald man die für Auszahlung von Unterst. festgelegten Bestimmungen einmal etwas näher ins Auge faßt.

Beginnen wir bei der Reiseunterst. Die Gewerksvereine verausgabten in vier Jahren bei durchschnittlich 63 308 Mitgliedern für diesen Zweck zusammen 41 639 Mark, das macht pro Jahr und pro Mitglied 16 1/2 Pfennig. Die Gewerkschaften hatten in derselben Zeit bei durchschnittlich 213 715 Mitgliedern eine Ausgabe an Reisegeld von 1 352 300 Mark, mithin pro Jahr und pro Mitglied 1,58 Mark, d. i. nahezu zehnmal so viel, wie bei den Gewerksvereinen. Welches sind nun die Ursachen dieses gewaltigen Unterschieds?

Nach einer im September 1894 im „Gewerksverein“ veröffentlichten Tabelle der Unterst. gelten für Auszahlung derselben folgende Voraussetzungen: Reisegeld. Karenzzeit bei den meisten Gewerksvereinen ein Jahr, bei den Bauhandwerkern sogar zwei Jahre, bei den Tischlern ein bis drei Jahre — eine Karenzzeit von einem halben Jahre haben nur die Tabakarbeiter und Konditoren.

Reiseunterst. wird durchweg bezahlt bis zu 750 Kilometern, bei den graphischen Berufen sogar nur bis zu 500 Kilometern, und zwar pro Kilometer 1 1/2 bis 2 — 2 1/2 — 2 2/3 Pfennig.

Bei den Gewerkschaften ist die Karenzzeit mit wenigen Ausnahmen nur eine halbjährige, die Unterst.beiträge sind durchweg dieselben, dagegen ist die Dauer der Bezugsberechtigung eine weit längere, als bei den Gewerksvereinen.

Tabakarbeiter, die im Höchstfall im Gewerksverein 750 Kilometer à 2 Pfennig = 15 Mark erhalten, können in der Gewerkschaft bis zu 26 Wochen Reisegeld beziehen, gleichzurechnen mindestens 3 000 Kilometer à 2 Pfennig = 60 Mark. Die Metallarbeiter, die im Gewerksverein nach einem Bericht vom 19. Juni 1896 nach halbjähriger Mitgliedschaft für 375 Kilometer à 2 Pfennig, nach einjähriger Mitgliedschaft für 750 Kilometer à 3 Pfennig Unterst. erhalten, im Höchstfall also 22,50 Mark, bekommen in der Gewerkschaft bis zu 30 Wochen 2 Pfennig pro Kilometer Reisegeld, das sind mindestens 70 Mark.

Die Buchdrucker zahlen 75 Pfennig und 1 Mark pro Tag und zwar 40 Wochen lang — gleich 210 bis 280 Mark.

Die graphischen Arbeiter erhalten im Gewerksverein 500 Kilometer à 2 Pfennig = 10 Mark.

*) Bezüglich der Ausgaben für Bildungszweck sei bemerkt, daß viele Zahlstellen der Gewerkschaften Bibliotheken besitzen, ohne daß die Ausgaben dafür bei den Abschreibungen besonders tabulirt werden. Den Arbeitslosen werden in den meisten Gewerkschaften die Beiträge erlassen, als verausgabte Unterst. werden dieselben gewöhnlich nicht angeführt.

Diese Vergleiche zeigen den gewaltigen Unterschied zwischen den Leistungen der Gewerksvereine und der Gewerkschaften bei der Reiseunterst.

Ueberst. zahlen die Gewerksvereine als Höchstbetrag 24, 25, 30, 40 und 50 Mark, aber erst nach zwei-, drei-, vier- und fünfjähriger Karenzzeit.

Die Gewerkschaften, welche diese Unterst. eingeführt haben, haben selbstverständlich eine weit geringere Karenzzeit.

Arbeitslosenunterst. Karenzzeit bei zwei Gewerksvereinen fünf Jahre, bei den meisten zwei Jahre; bei den Gewerkschaften beginnt die Bezugsberechtigung in fünf Vereinen mit einem halben Jahre, in den übrigen mit einem Jahre und nur in einer Gewerkschaft nach 100 Wochen.

Die Gewerksvereine zahlen je nach der Höhe der Beiträge pro Woche 3, 6, 9 Mark.

Die Gewerkschaften daselbe. — Die Dauer der Bezugsberechtigung ist in einzelnen Gewerkschaften jedoch eine bedeutend längere. — Vor Allem kommt aber in Betracht, daß, wie dies aus dem Statut des Gewerksvereins der Lederarbeiter, gültig vom 1. Juli 1896, hervorgeht, in den Gewerksvereinen in der sogenannten todtten Saison keine Unterst. gezahlt wird.

Diese Bestimmung macht es erklärlich, weshalb die Gewerksvereine im Vergleich zu den Gewerkschaften nur sehr minimale Beträge für Arbeitslosenunterst. verausgabten.

In den angeführten vier Jahren verausgabten die Gewerksvereine bei durchschnittlich 63 309 Mitgliedern 161 917 Mark für Arbeitslosenunterst., pro Mitglied und pro Jahr mithin 0,64 Mark. Die Gewerkschaften dagegen bei durchschnittlich 47 002 Mitgliedern 1 004 392 Mark, das ist pro Jahr und pro Mitglied 5,34 Mark, über achtmal so viel wie die Gewerksvereine.

Hierzu kommt noch, daß in der Ausgabe für Arbeitslosenunterst. bei den Gewerksvereinen die Ausgaben für Streikende einbegriffen sind. Nach den Anmerkungen zu den von Herrn Dr. Max Hirsch zusammengestellten Unterst.übersichten sind dies allerdings sehr minimale Beträge. 1892, 1893 bis 1894 wurden im Ganzen an Streikende bezahlt 2 716 Mark, 1895 die für gewerksvereintliche Begriffe jedenfalls kolossale Summe von 3 719 Mark.

Mehr als alle theoretischen Erörterungen illustriren diese in vier Jahren gezahlten 6 435 Mark für Streikunterst. den Werth der Gewerksvereine für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter.

In demselben Zeitraum zahlten die Gewerkschaften aus ihren Verbandskassen für Streikende 5 248 14 Mark und für Gemäßregelte 3 289 13 Mark. Würden wir die Erträge aus den allgemeinen Sammlungen für Streiks noch hinzurechnen, so würde diese Summe noch um ein Bedeutendes steigen.

„Sie“ (die Gewerksvereine, sagt Herr Dr. Max Hirsch in Nr. 10 der „Sozialen Praxis“) „meiden den Streik, so lange es irgend möglich ist, aber wenn der Streik unabwendbar ist, so führen sie ihn kraftvoll und beharrlich mit Hilfe ihrer ansehnlichen Vermögensbestände.“

„Kraftvoll und beharrlich.“ Die von ihm selbst in seiner Uebersicht angeführten Unterst. summen für Streikende reden eine ganz andere Sprache.

„Zum schweren Schaden der Arbeiter provozirt“ waren die meisten der Streiks der Gewerkschaften, wird nun wahrscheinlich Herr Dr. Max Hirsch behaupten.

Von den von 1890 bis 1896 „provocirten“ — wir nennen dieselben Angriffstreiks — waren 327 erfolgreich, 203 theilweise erfolgreich und nur 130 erfolglos.

Als Beweis für eine schwere Schädigung der Arbeiter wird Herr Dr. Max Hirsch diese von den Gewerkschaften gemachten zuverlässigen Angaben wohl nicht verwerten können.

Gnade vor den Augen des Herrn Dr. Max Hirsch hat ja nur eine Gewerkschaft — die der Buchdrucker — gefunden, die ihrem Wesen nach nicht zu den Gewerkschaften, sondern zu den Gewerksvereinen gehört, wie er behauptet.

Diese Gewerkschaft hat in den letzten Jahren Kämpfe von nennenswerther Bedeutung nicht geführt und dennoch zur Durchführung der mit den Prinzipalen getroffenen Vereinbarungen an Streikunterst. verausgabte: im Jahre 1894 3 552 Mark, 1895 17 739 Mark, 1896 60 000 Mark.

Würden die Gewerksvereine „kraftvoll und beharrlich“ wie der Buchdruckerverband die Interessen ihrer Mitglieder auf wirtschaftlichem Gebiet wahren, ihre Uebersichten würden bald andere Zahlen aufweisen. Die von ihnen so oft gepredigte „Harmonie zwischen“

Kapital und Arbeit" würde bei dieser energischen Wahrung der Interessen der Arbeiter aber bald schmächtig in die Brüche gehen.

Was verhängen gegenüber den in diesem Artikel festgestellten Thatsachen alle bombastischen Phrasen, die Herr Dr. Mag Hirsch in seiner Festschrift zum fünfundsingzigjährigen Jubiläum der deutschen Gewerksvereine zum besten gibt, wo er unter Anderem Seite 70 sagt: „Der Gewerksverein ist in der sozialen Mechanik der Punkt des Archimedes, von welchem aus die Welt des Arbeiterelends aus den Angeln gehoben werden kann!“

Wahlschwindel mit der Arbeiterversicherung.

Der Wahlkampf, den die sogenannten staatszerhaltenden Parteien führen, ist der reine demagogische Wahlschwindel, darauf berechnet, die Wählermassen für die Sonderinteressenpolitik dieser Parteien zu ködern. Selbstverständlich haben sie es auch abgesehen auf die Arbeiter, die den stärksten Prozentsatz der Reichstagswähler stellen. Während die Ordnungspolitiker sonst für die Arbeiter nur Mißachtung, Drohungen und Unterdrückungspraktiken aller Art haben, versuchen sie, sich denselben bei den Reichstagswahlen als „Arbeiterfreunde“, die gewissenhaft besorgt sind um das Wohl der Arbeiter, vorzustellen. Da wird in Zeitungsartikeln und Wahlaufrufen hingewiesen auf die „Segnungen“ der Arbeiterversicherungsgesetzgebung und auf die „Lasten“, welche dieselbe den Arbeitgebern auferlegt. Man möchte die Arbeiter glauben machen, daß sie alle Ursache haben, für diese „Segnungen“ und „Opfer“ den herrschenden Klassen dankbar zu sein. Und zwar soll diese Dankbarkeit darin bestehen, daß die Arbeiter den Kandidaten der „Ordnungsparteien“ ihre Stimme geben!

Wir wollen nun einmal in kurzen Zügen diesen Humbug enthüllen.

Zunächst ist zu konstatieren, daß die Masse des Unternehmertums sich der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, wie überhaupt jeder Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter, stets nach Kräften widersetzt hat. Dem „guten Willen“ ist die Inangriffnahme dieser Gesetzgebung wahrhaftig nicht zu danken. Fürst Bismarck hat im Reichstage einmal erklärt, daß die herrschenden Parteien zu ihr sich nur verstanden haben aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Man verband mit dieser Furcht die Hoffnung, die Arbeiter beschwichtigen und der Sozialdemokratie abwendig machen zu können.

Dazu aber kam noch ein anderer, sehr wichtiger Grund. Der Kapitalismus, die moderne Produktionsweise involviert eine wahre Kauwirthschaft, gerichtet gegen die Volkskraft. Krankheit, dauerndes Siechthum, Unfall, Erwerbsunfähigkeit verhängt diese Wirthschaft, der nur der Unternehmerprofit heilig ist, über die Arbeitenden, die ihr unterworfen sind. Die Massen der im Dienste des Kapitals erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter fielen der öffentlichen Armenpflege zur Last. Die Armenlasten stiegen von Jahr zu Jahr, so daß viele Gemeinden in industriellen Bezirken sie kaum aufzubringen vermochten.

Hauptsächlich zu dem Zwecke, die aus Betriebsunfällen sich ergebenden Armenlasten zu verringern, wurde zunächst im Jahre 1871 das Haftpflichtgesetz geschaffen, nach welchem die Inhaber von Fabriken, Bergwerken usw. dem durch einen Unfall Verletzten bezw. den Hinterbliebenen Getödteter Schadenersatz zu leisten hatten, aber nur dann, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß der Unfall durch Verschulden der Unternehmer oder deren Vertreter herbeigeführt war.

Das war ein in jeder Hinsicht unzulängliches Gesetz. Die Verhältnisse drängten immer mehr nach einer generellen Regelung der Arbeiterversicherung überhaupt.

Im Jahre 1882, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, wurde in einer kaiserlichen Botschaft an den Reichstag die Inangriffnahme solch' einer Regelung verkündet, zwecks „positiver Fürsorge für die Arbeiter“ und „erfolgreicherer Bekämpfung der Sozialdemokratie“.

Als erstes Gesetz erschien das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883, welches den Versicherungszwang aufstellte. Zu dieser Versicherung haben die Arbeiter zwei Drittel und die Unternehmer ein Drittel der Beiträge zu zahlen. Was der erkrankte Arbeiter wesentlich aus seinen eigenen Leistungen an Unterstützung für die Dauer von dreizehn Wochen bezieht, reicht bekanntlich kaum hin, ihn vor der öffentlichen Armenpflege zu bewahren. Bei Verathung dieses Gesetzes hat die Regierung ja auch offen zugegeben, daß der eigentliche Zweck desselben der sei, die öffentliche Armenpflege zu entlasten. Dann kam das Unfallversicherungsgesetz

vom 6. Juli 1884. Für diese Versicherung müssen die Unternehmer die Mittel allein aufbringen. Das ist nicht mehr wie recht und billig. Es sind das Ausgaben, die zu den Betriebskosten zu rechnen sind. Setzt der Arbeiter im Interesse des Kapitals gezwungenermaßen Gesundheit und Leben ein, so ist nichts selbstverständlicher, als daß die Unternehmer für jeden Betriebsunfall Entschädigung leisten. Und zwar sollten sie volle Entschädigung leisten. Diese aber muthet das Gesetz ihnen nicht zu. Für Unfälle, die eine Erwerbsunfähigkeit von weniger als dreizehn Wochen zur Folge haben, müssen die Krankenkassen die Entschädigung leisten. Das sind aber fünf Sechstel sämtlicher Unfälle. Aus ihren eigenen Mitteln müssen also die Arbeiter in solch' erheblicher Höhe das zahlen, was von Rechts wegen die Unternehmer zahlen sollten.

Und wie sieht es mit der Unfallentschädigung aus? Unsere Leser wissen, daß diese Entschädigung eine völlig unzulängliche ist, und daß die Erlangung dieser Entschädigung in der Regel nur unter Ueberwindung vieler Schwierigkeiten, welche die Berufsgenossenschaften künstlich bereiten, zu erlangen ist.

In den Jahren 1890—1895 hatten bei 1 054 758 gemeldeten Unfällen die gewerblichen Berufsgenossenschaften nur für 181 007, das sind etwas über 17 Prozent, Entschädigungen zu zahlen. Im Jahre 1896 hatten die 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften für 5 734 680 Versicherte M. 50 888 364 aufzubringen. Die Unternehmer zahlten also für jeden Versicherten M. 8,87 oder nicht ganz drei Pfennig für den Arbeitstag! Bei den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften kommt gar nur ein halber Pfennig auf den Arbeitstag!

Und da jammert das Unternehmertum über die „unerträglichsten Lasten“ der Unfallversicherung! Diese Lasten sind von verschwindender Geringfügigkeit gegenüber den ungeheuren Opfern, welche die Arbeiter auf dem Schlachtfeld der Arbeit im Profitinteresse des Kapitals zu bringen haben. Von 1886—1896, also in elf Jahren, wurden durch Unfall getödtet 58 750, dauernd erwerbsunfähig 306 189, vorübergehend erwerbsunfähig 151 827 Personen.

Wir meinen, diese Verluste der Arbeiterklasse an Leben und Gesundheit fallen unendlich viel schwerer ins Gewicht, als die Leistungen der Unternehmer. Und das um so mehr, als die Unternehmer stets bestrebt sind, die „Opfer“, die sie angeblich großmüthig für die Arbeiter bringen, durch stärkere Ausbeutung der Arbeitskraft wieder auszugleichen.

Das dritte der Arbeiterversicherungsgesetze, höchsttönend bezeichnet als „Ordnung des Gebäudes der sozialen Reform“, die Invaliditäts- und Altersversicherung, belastet auch wieder hauptsächlich die Arbeiter selbst. Sie müssen die Hälfte der Beiträge entrichten. Seit 1891 haben sie über 280 Millionen Mark an Beiträgen bezahlt. An Renten sind innerhalb dieser Zeit aber nur etwa 117 Millionen Mark geleistet worden. Es kommen dann freilich noch die Zuschüsse in Betracht, welche das Reich zahlt: M. 50 zu jeder Rente. Aber auch dieser Reichszuschuß wird zum größten Theil von der Arbeiterklasse angebracht, und zwar auf der Basis des ungerechten Systems der Zölle und indirekten Steuern.

So liegt das Verhältniß auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in Wahrheit. So steht es um die Wohlthaten, die das Reich und das Unternehmertum den „undankbaren“ Arbeitern erweist. 54 Millionen Mark Reichszuschuß für etwa 15 Millionen Arbeiter. Darüber wird ein Besen gemacht, daß der Uneingeweihte glauben sollte, das Reich erschöpfe seine finanzielle Kraft in der „Arbeiterfürsorge“. Darüber aber, daß an etwa 30 000 Schnapsbrenner 40 Millionen Mark und an 400 Zuderfabriken 27 Millionen Mark jährlich an Liebesgaben gegeben werden, und zwar hauptsächlich auch wieder auf Kosten der Arbeiterklasse, darüber regen die Ordnungspolitiker sich nicht auf!

Arbeiter, die alles das wissen, werden sich am Tage der Reichstagswahl von diesen Politikern nicht behörden lassen.

Die Revision des bayerischen Vereinsgesetzes

ist nun durch übereinstimmenden Beschluß der Kammer der Abgeordneten und des Reichsrathes als eine Thatsache zu betrachten. Die Revision umfaßt folgende Punkte:

- 1. Es wird gesetzlich ausgesprochen, daß Kinderjährige politische Versammlungen nicht besuchen dürfen.
- 2. Volljährige Frauenspersonen dürfen es.
- 3. Von politischen Vereinen bleiben Frauen nach wie vor ausgeschlossen. Aber die Novelle bestimmt, daß das nicht Bezug hat auf solche politische Vereine, welche nur den besondern Berufs- und Standesinteressen bestimmter

Personenkreise, oder nur Zwecken der Erziehung, des Unterrichts und der Armen- und Krankenpflege dienen.

4. Das Verbot der Verbindung mit politischen Vereinen in Bayern und im Reich wird aufgehoben. Ausnahmsweise kann auch das Ministerium die Verbindung mit außerdeutschen Vereinen gestatten.

5. Die bisherige Vorschrift, daß zu den auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Städten und Ortschaften stattfindenden Versammlungen und Aufzügen die Zustimmung der beteiligten Gemeindeverwaltung erforderlich ist, hat sich da, wo die Zusammenberufung des Magistrats, Gemeindeausschusses bezw. Gemeinderathes größeren Zeitaufwand erfordert, mitunter in eiligen Fällen als lästig erwiesen. Künftig soll es deshalb der Gemeindeverwaltung anheimstehen, den Bürgermeister zur Ertheilung der Zustimmung zu ermächtigen, und zwar allgemein oder für bestimmte Fälle, jedoch stets nur widerruflich. Aus ähnlichen Erwägungen sollen die Bezirksverwaltungsbehörden ermächtigt sein, ihre Befugnisse hinsichtlich der öffentlichen Aufzüge den Ortspolizeibehörden zu übertragen, indem sie allgemein oder für bestimmte Orte, Vereine oder Fälle die Ertheilung der vorgeschriebenen Genehmigung durch den Bürgermeister widerruflich gestatten.

6. Es wird bestimmt, daß außerordentliche Versammlungen politischer Vereine bei der Ortspolizeibehörde angemeldet werden sollen, anstatt wie bisher bei der Bezirksverwaltungsbehörde.

7. Die Milderung einer Strafbestimmung des Vereinsgesetzes. Wer ohne vorgängige polizeiliche Bewilligung auf öffentlichen Straßen oder Plätzen, in Städten oder Ortschaften eine Versammlung oder einen Aufzug veranlaßt, dazu einladet, dieselben ordnet oder leitet, soll nicht mehr wahlweise mit Gefängniß oder Geldstrafe, sondern mit letzterer allein bedroht werden.

8. Künftig soll die Bestimmung, wonach auf Wahlversammlungen nach erlassenen Wahlaufschreiben die Vorschriften der Artikel 2—25 des Gesetzes keine Anwendung finden, ausdrücklich auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der den Reichstag betreffenden Wahlanglegenheiten (sowie für alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften) ausgedehnt werden, um keinen Zweifel bestehen zu lassen, daß Reichstagswählerversammlungen vom Standpunkte der Versammlungspolizei den Landtagswählerversammlungen gleichzuachten sind.

Aus Oesterreich.

Wien, 28. Mai.

Das statistische Departement des Handelsministeriums hat eine ausführliche Zusammenstellung der in Oesterreich vorhandenen Arbeitssachweise veröffentlicht, die auch die Aufmerksamkeit der ausländischen Metallarbeiter nach mehr als einer Richtung verdient. Nicht nur, daß diese amtliche Publikation den anarchischen Charakter des Arbeitsmarktes ziffermäßig erweist, daß sie die Mängel der privaten wie der offiziellen Arbeitsvermittlung hervorhebt, läßt sie zeigen auch, daß die organisirte Arbeiterkraft auf dem Gebiete des Arbeitssachweises zwar viel geleistet, aber noch unendlich mehr zu leisten hat, will sie auf die Ausgleichung von Angebot und Nachfrage einen bestimmenden Einfluß gewinnen und ihre Interessen nicht ganz dem der Unternehmer preisgeben. Die Resultate der vom Handelsministerium mit Hilfe der österreichischen Gewerkschaftskommission mit großem Fleiße gepflogenen Erhebungen sind kurz zusammengefaßt folgende: Von den 1194 Gewerkschaften, die hier in Betracht kommen, hatten nur 249 den Arbeitssachweis als Vereinszweck aktivirt. Die betreffenden Organisationen wiesen, von 16 im Berichtsjahre gegründeter abgesehen, einen Mitgliederstand von 53,703 Personen auf, während die Mitgliederanzahl sämtlicher Gewerkschaften von der Gewerkschaftskommission mit 88,818 angegeben wurde. Die überwiegende Mehrzahl der Gewerkschaften hat ihren Sitz in den Landeshauptstädten oder größeren Städten überhaupt. Die Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften ist fast ausnahmslos unentgeltlich, bei einigen Organisationen haben nur die Arbeitgeber eine Gebühr zu entrichten. Hinsichtlich des Umfanges der ausgeübten Arbeitsvermittlung liegen von 145 Vereinen Daten vor; 134 derselben haben 9928 Arbeitsplätze vermittelt, von welchen auf die Organisationen der Metallarbeiter allein 1839 entfallen. Nur wenige Verbände haben es so weit gebracht, daß sie eigene Beamte zur Durchführung der Arbeitssachweise anstellen können. Die Bestrebungen nach Centralisirung des Arbeitssachweises haben bisher noch wenig Erfolge aufzuweisen. Am vorgeschrittensten scheint der Verband der Metallarbeiter Oesterreichs zu sein, der in Wien ein den ganzen Tag über funktionirendes Arbeitsvermittlungsbureau für sämtliche Zweige der Metallindustrie unterhält. Im Allgemeinen hat sich die arbeitsvermittelnde Thätigkeit der Gewerkschaften sehr gehoben; allerdings ist dieser Fortschritt in der Regel nur durch die Erhöhung der Mitgliederbeiträge erzielt worden. Dort aber, wo es gelang, die Arbeitsvermittlung mittelst erhöhter Einnahmen besser zu pflegen, haben die Gewerkschaftsmitglieder ihre Opferwilligkeit nicht zu bereuen gehabt. Die Arbeitsvermittlung war ein stark wirkendes Mittel zur Hebung der Mitgliederanzahl und trug so zur Hebung der Kraft der Organisationen wesentlich bei. Bei manchen Gewerkschaften hat sich die Arbeitsvermittlung so eingelebt, daß sie auch von den Unternehmern anerkannt wird. Es gibt Genossenschaften die den Arbeitssachweis ganz der Arbeiterorganisation überlassen haben. Bieleich jedoch ist die Stellung der Unternehmer eine gegnerische. Manche Unternehmer haben den Vortheil erkannt, den eine gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung bietet. Sie lassen sich durch die politische und wirtschaftliche Haltung der Arbeiter nicht abhalten, die Arbeitssachweise der Arbeiterorganisationen in Anspruch zu nehmen, da sie wissen, daß die Gewerkschaften die intelligentesten und leistungsfähigsten Arbeitskräfte liefern.

Der soeben erschienene Bericht der Gewerbeinspektoren weist in der Behandlung des Stoffes unstreitig einige Fortschritte auf. Vor Allem fällt es angenehm auf, daß die notorische Geiseltreue und Schönfärberei nicht mehr geübt wird. Eine sehr erfreuliche Erscheinung, die auf die Ersetzung des Zentralgewerbeinspektors Wigerka durch Herrn Klein zurückzuführen ist. Unumwunden wird eingestanden, daß das Gewerbeinspektorat bei seiner gegenwärtigen unge-

nügenden Ausgestaltung nicht im Stande sei, seine Aufgabe zu lösen. Die Zahl der Unfallschadensfälle ist durch den ungenügenden Personalstand sehr beschränkt. Von den gegenwärtig in die Unfallversicherung einbezogenen mehr als 80.000 gewerblichen Betrieben, gelangten im Berichtsjahre kaum ein Viertel zur Revision. Es wurden vorgenommen: 12,977 Inspektionen in 11,680 Betrieben gegenüber 12,119 Inspektionen von 10,812 Betrieben im Vorjahre; Nachtinspektionen wurden nur 149, Sonntagsinspektionen bloß 255 vorgenommen. In der Metallindustrie wurden insgesamt 1070 Betriebe inspiziert. An Ueberstunden wurden bewilligt: für 2 Hüttenbetriebe mit 540 Arbeitern 38,268 Ueberstunden. In der Metallverarbeitung 15 Betriebe mit 3886 Arbeitern 240.000 Ueberstunden. Ungehener groß ist die Zahl derjenigen Betriebe, die ohne behördliche Bewilligung länger als gesetzlich erlaubt arbeiten und stellt der Bericht fest, daß die Bemühungen zur Abstellung der wahrgenommenen Gesetzesübertretungen in den seltensten Fällen den gewünschten Erfolg haben. Vielfach wird konstatiert, daß Kinder unter 12 Jahren beschäftigt werden und Frauen Nacharbeit verrichten müssen. Die Verhlingschinderei wird mitunter in geradezu bestialischer Weise betrieben, ohne daß die Behörden zum Schutze dieser armen Proletariatskinder geeignete Schritte unternehmen. Als Illustration hierfür diene, was einer der Aufsichtsbeamten hierüber berichtet: „Geradezu empörend wirkt die Rohheit, mit welcher die Lehrlinge mitunter von ihren Lehrherren behandelt werden. Ein Lehrling kam in Begleitung seines älteren Bruders eines Tages ins Amt und zeigte nach Entfernung der Oberkleider eine größere Anzahl Wiegeln und blutunterlaufene Streifen am Rücken, an der Brust, der linken Schulter und den beiden Oberarmen, welche ihm sein Meister unter Mithilfe des Gehilfen (!) mit einem spanischen Rohr beigebracht hatte. Der so Mißhandelte hat jedoch inständigst, mit Rücksicht auf den Umstand, daß er nur mehr sieben Monate bis zur Vollendung seiner Lehrzeit hatte, keinerlei Schritte gegen seinen Lehrherren zu unternehmen. Kaum 14 Tage später erschien dieser Lehrling abermals und zeigte an, daß er vom Meister und Gehilfen einer ganz zwingenden Veranlassung wegen mit solcher Kraft auf den Kopf geschlagen worden war, daß er auf dem linken Ohre nichts höre und ihm die Luft bei zugehaltenen Nasenöffnungen durch das Ohr heraustrete. Wir veranlaßten nun eine Untersuchung des Zustandes durch den Polizeiarzt und die Einleitung der Strafamtshandlung bei der zuständigen Gewerbebehörde wegen Mißhandlung. Der Akt wurde an das Gericht abgetreten und dem Meister wegen Außerachtlassung der ihm obliegenden Pflicht — bloß ein Verweis erteilt. Der Gehilfe wurde zu 48 Stunden Arrest verurteilt. Dieses eine Beispiel illustriert wohl zu Genüge den janzigen Jammer vieler Verhlingskinder.“ — Der schriftliche Verkehr mit den Behörden, öffentlichen Korporationen und Anstalten umfaßt einen großen Theil des Bureauendienstes. Im Ganzen wurden 8740 Entschieden, Verfügungen und Berichte erlassen. Dieselben betrafen in 140 Fällen den gewerblichen Charakter der Betriebsanlagen, in 10 Fällen Heimarbeit, in 1819 Fällen Arbeits-, in 74 Wohnräume, in 870 Fällen Schutzvorrichtungen, in 415 Fällen die Arbeitszeit, in 617 die Unfallversicherung, in 772 Fällen die Arbeitszeit, in 78 die Nacht-, in 717 die Sonntagsarbeit, in 1368 Fällen Arbeits- und Betriebsordnungen, in 3 Fällen Arbeiterausweise, in 103 Fällen Lohn-, in 183 Verhlingsangelegenheiten, in 6 Fällen Wohlfahrtsangelegenheiten, in 43 Fällen Kantinen, in 297 Fällen Streiks und Aussperrungen und in 1028 Fällen sonstige Angelegenheiten. Außerdem wurden über 117 Unfälle an Gerichtsbehörden und über 80 Unfälle an andere Stellen Berichte, beziehungsweise Verfügungen erlassen. Der Verkehr mit den Unternehmern umfaßte 2283 Fälle. Derselbe betraf 50mal den gewerblichen Charakter von Betriebsanlagen, 222mal die Arbeits- und Wohnräume, 228mal Schutzvorrichtungen, 115mal die Kantinen, 115mal die Unfallversicherung, 117mal die Arbeitszeit, 15mal die Nacht-, 141mal die Sonntagsarbeit, 448mal Arbeits- und Betriebsordnungen, 159mal Lohn-, 87mal Verhlings- und 17mal Kantinen-Angelegenheiten, 19mal Wohlfahrtsangelegenheiten, 126mal Streiks und Aussperrungen und 421mal sonstige Angelegenheiten dienlicher Natur. Der Verkehr mit den Arbeitern war etwas lebhafter. Dieselben haben in 7913 Fällen theils Beschwerden vorgebracht, theils haben sie wegen Ertheilung eines Rathes oder einer Auskunft vorgeprochen. Im Besonderen betrafen diese Anliegen 81mal schlechte Arbeitsräume, 121mal Wohnungsbau, 521mal Unfalls-, 680mal Kantinen-Angelegenheiten, 75mal mangelnde Schutzvorrichtungen, 173mal ungenügende Behandlung, 40mal Nacht-, 150mal Sonntagsarbeit, 189mal Arbeitszeit-, 60mal Arbeitsbuch-, 275mal Zeugniß-, 49mal Arbeitsordnungs-Angelegenheiten, 1453mal Entlassung oder Kündigung, 216mal die Verwendung wegen Wiederannahme Entlassener, 156mal die Arbeitsvermittlung überhaupt, 1524mal Lohn-, 446mal Verhlingsangelegenheiten, 126mal die Versorgung und Unterstützung alter und invalider Arbeiter, 17mal Kantinen-, 147mal Streit-Angelegenheiten und 866mal die mannigfaltigsten Angelegenheiten, vielfach auch solche, welche zu dem Wirkungsbereich der Gewerbeinspektion in gar keiner Beziehung stehen. — Eine Fülle von Anregungen zum Schutze der Arbeiter sind in dem Bericht niedergelegt, leider ist nicht die geringste Hoffnung vorhanden, daß die Regierung und die kompetenten Behörden die notwendige Anwendung daraus ziehen werden. Die spärlichsten Arbeiter werden nicht müde, den Ausbau der Arbeitergesetzgebung zu fordern, und jeder neu erscheinende Bericht der Gewerbeinspektoren ist ein neuer unwiderleglicher Beweis dafür, wie sehr sie zu dieser Forderung berechtigt sind.

Agitationsbericht.

Der Unterzeichnete führte im Auftrage des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Bezirksverbandes des Niederrheinischen Bezirkes eine Agitationsreise durch Rheinland und Westfalen aus. Es ist wohl selbstverständlich für den Agitator, daß er nicht bloß seinen Vortrag an dem betr. Orte hält, sondern daß er auch über Lohn- und Arbeitsverhältnisse Erhebungen einzieht und sollen diese meine Beobachtungen in diesem Bericht, wenn auch beschränkt, Platz finden.
Die Tour begann am 18. April in Oberhein; in dieser

Stadt arbeiten 1600 Metallarbeiter bei Löhnen von 6, 8 bis 15, 20 M pro Woche. Da dort nur 40 Kollegen organisiert sind, so ist vorläufig auf Besserung wenig Aussicht. Die Versammlung nahm zwar einen begeisterten Verlauf und haben sich eine Anzahl Metallarbeiter dem Verband angeschlossen. — Von Neuwied und Bonn ist nicht viel zu sagen, die Versammlungen waren so schwach besucht, daß den Kollegen dort zu empfehlen ist, den Boden besser vorzubereiten durch Werkstattbesprechungen usw., denn bitternötig haben es die Metallarbeiter dort ebenfalls, sich zu organisieren; die Löhne bewegen sich in Neuwied zwischen 2—3 M täglich, während in der theuren Universitätsstadt Bonn die besten Arbeiter es zu einem Tagelohn von 3—4 M bringen. — Ein mäßiger Besuch war auch in Kall zu verzeichnen, obwohl dort die Organisation erfreuliche Fortschritte aufweist; es trugen an dem geringen Besuch verschiedene lokale Umstände die Schuld, und nicht zum letzten die Ueberstundenarbeit; dort existirt dadurch die 12stündige Arbeitszeit bei einem Tagelohn von durchschnittlich 3 M. Die Organisation hat also dort ein dankbares Feld, zumal auch geeignete Kräfte am Platze sind. Das Gesagte bezüglich der Arbeitszeit trifft auch für Ehrenfeld und Köln, wo die Versammlungen sehr gut besucht waren, zu; überhaupt macht sich die günstige Geschäftskonjunktur in ganz Rheinland-Westfalen durch Verlängerung der Arbeitszeit für die Arbeiter bemerkbar. — Zu Mülheim a. Rh. ließ der Besuch zu wünschen übrig, ebenso in Wermelskirchen. In letzterem Orte wurden in der Blechwarenfabrik von H. Weber 24 Kollegen, hierunter die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, gemäßregelt; der Fabrikant hat seine Absicht, die dortigen Kollegen einzuführen, erreicht, so daß das Weiterbestehen der dortigen Verwaltungsstelle sehr in Frage steht. — Zur Deutzer Versammlung mußte ein anderer Redner geschickt werden, weil die Bitteringhauser Kollegen auf dieselbe Zeit ihre Versammlung angelegt hatten. Die Arbeiterbewegung an diesem Orte ist sonst gut und steht zu erwarten, daß auch unsere Organisation dort mehr Boden gewinnt. Allerdings kommen dort die Wohnungsverhältnisse sehr in Betracht, die Arbeiter wohnen stundenweit auf Döfen zerstreut und sind deshalb schwer in die Versammlung zu bekommen. Das soeben Gesagte trifft für das gesamte „Rheinische Land“ zu, auch für Kade u. W.; man löst die Arbeiter mit allerlei Versprechungen in diese „romantische“ Gegend, um sie dann, wenn sie sich dem Fabrikdespoten nicht fügen, zu mahrgeln oder man macht den die Bewegung leitenden Kollegen Aussicht auf einen guten Posten, wenn sie sich herbeilassen ihre Organisation zu verrathen und zu verlassen. Zur Ehre dieser Kollegen sei es gesagt, daß sie lieber einen beschwerlichen Weg von 2 Stunden zur Arbeit auf sich nehmen, ehe sie ihr Ideal aufgeben.

In Aachen geht die Bewegung rüstig vorwärts, durch öfteren Wechsel in der Verwaltung, durch Vorkalvereine usw. war die Organisationsarbeit die Jahre her eine schwierige, es kommt hinzu, daß die Löhne dort nicht zu den schlechtesten gehören und die „Christlich-Sozialen“ ihre Domäne seit Langem da haben. Dasjelbe trifft für Wald bei Solingen zu; die Versammlungen an beiden Orten konnten besser besucht sein. — In Düsseldorf hatten die dortigen Kollegen im Sinne, eine Aussprache mit den „Hirsch-Duncker'schen“ herbeizuführen. Damit keines der getreuen Schaf: etwa in Versuchung kommen könne, erlicke die vom Geld des Deutschen Buchdruckerverbandes erhaltene „Bürgerzeitung“ eine Warnung an die „Gewerkschafter“, der Versammlung fern zu bleiben, mit der Notwendigkeit, „Die hiesigen Sozialdemokraten haben sich einen Gewerkschaftsrenegaten verschrieben zu dem frivolen Zweck, Unfrieden unter die hiesigen Arbeiter zu säen.“ Die Versammlung war aber trotzdem gut besucht und wurde durch die Diskussion über den inzwischen gewonnenen Streik der ausständigen Klempner noch ganz besonders interessant. Es ist wohl selbstverständlich, daß die „Bürgerzeitung“ andern Tags das genaue Gegentheil von dem berichtet, was ich gesagt hatte und ihre schmerzlichen Bemerkungen daran krüpfte. Traurig genug, daß die Redaktion der „Bürgerzeitung“ solchen Burichen, die nicht den Muth besitzen, ihre Sache in öffentlicher Versammlung zu vertreten, Unterjochung gewährt, damit diese aus dem Hinterhalt ihre Stinkbomben auf die um Besserung ihrer Lage kämpfenden Kollegen werfen können.

Die Aachener Versammlungen in Neuss und Düsseldorf nahmen einen imposanten Verlauf. Duisburg, Mülheim a. d. Ruhr, Oberfeld und Solingen haben ihren alten Hinz betreffs des schlechten Versammlungsbesuchs wiederum bewährt; wenn ich auch für Solingen die eigenartigen Verhältnisse in den Schmelzereien, Schlagerien und der Messerfabrikation in etwas entzündend gelten lassen will, so trifft doch im Allgemeinen bei den übrigen Orten die Thatsache zu, daß es an geeigneten Kräften mangelt und aus diesem Grunde die Organisation eigentlich noch nicht richtig Fuß fassen konnte. Der Vertrauensmann hat diesen Orten keine besondere Aufmerksamkeit zu spenden. — Das Gleiche gilt für M.-Gladbach, Oberhausen und Sevelberg, wo zum ersten Male Versammlungen, die weit schwach und dazu noch von Arbeitern aus anderen Bezirken besucht waren, abgehalten wurden. Die Löhne, Arbeitszeit und Behandlung der dortigen Arbeiter lassen viel zu wünschen übrig. — In Kemscheid und Selbert waren die Versammlungen ziemlich gut besucht und haben dort die Arbeiter noch gewisse Freiheiten, und auch nicht die schlechtesten Löhne. — Die Arbeiter, Spinner, Bodammer und Dorinander Kollegen hätten ebenfalls zahlreicher zu den Versammlungen erscheinen können, denn dort wäre es gewiss an der Zeit, Kemeher zu schaffen; dort treibt die Pöpselwirtschaft des Kapitalismus und das damit verbundene Demagogentum seine tollsten Klüften, so daß in diesen Orten die Organisation sich noch nicht entwickeln konnte. Gerade hier ist die Metallindustrie so mächtig entwickelt und die Fortschritte in der Technik sind so großartig, daß man meinen sollte, alle Grundlagen für das Gedeihen der Organisation seien gegeben. Aber es fehlen die mittleren Betriebe; auch ist die Zahl der Großbetriebe eine zu begrenzte, aus diesem Grunde ist es den Unternehmern ein Vergnügen, die agitatorisch thätigen Kollegen aus dem Orte zu vertreiben. Damit wird oft der Organisation ein schwerer zu verzweifelnder Schlag veretzt und tüchtige Kollegen werden abgeführt, sich der Organisationsarbeit zu widmen.

Wie in Düsseldorf so hatten auch an anderen Orten die Kollegen das Thema: „Worin besteht der Unterschied zwischen Gewerkschaften und Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereinen?“

gewählt, und es waren auch an allen Orten im Gegensatz zu Düsseldorf Anhänger des Herrn Dr. Max Hirsch erschienen, um mit uns zu diskutieren. Dort, wo die betreffenden Kollegen sich sachlich ausdrückten, wie in Duisburg, Witten usw., nahmen die Versammlungen einen glatten Verlauf; man muß sich nur wundern, daß die Kollegen, die meinen Referaten in fast allen Punkten zustimmten, nicht konsequenter genug sind, um sich unserer Organisation anzuschließen. An anderen Orten, wo sie meinen sachlichen Referaten, die sich nur auf die Verschiedenheit des inneren Wesens beider Organisationen bezogen und ganz das Sündenregister der Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine sowohl als auch meine persönlichen Ergebnisse außer Betracht ließen, nur die alten Beschimpfungen unserer Abgeordneten und dergleichen Dinge entgegensetzten, wurde den Herren nach Gebühr geantwortet; so in Aachen. Dort hat es ein Herr Levi, Kaufmann, unternommen, die angeblich bedrohte Ehre der Hirsch-Duncker'schen zu retten, er verzapfte einen so haarsträubenden Unsinn und entwickelte eine solche Unkenntnis in politischen Dingen, daß ich mich genöthigt sah, ihn unter dem Jubel der Versammlung so dersh abzuführen, wie es ein so junger Herr, der die Unversehrtheit besitzt, durch vollständig aus der Luft gegriffene Behauptungen die Geduld der Versammlungsbesucher auf eine keineswegs angenehme Probe zu stellen, verdient hatte. — In Hagen, wo mehrere Hirsch-Duncker'sche Ortsvereine bestehen, hatte man es von dieser Seite auf eine Kraftprobe abgesehen und war man deshalb zahlreich zur Versammlung erschienen, allein unsere Kollegen waren ebenfalls bei der Hand und bildeten eine Zweidrittelmajorität. In meinem Referat wurde mir sogar öfter der Weisfall unserer Gegner zu Theil; dann aber in der Diskussion entwickelte der von dieser Seite vorgeschickte Redner so naive Ansichten und so echt manchesterliche Grundsätze, daß es für mich eine Lust war, diesen Herrn in der Diskussion abzuführen; jeder Satz bereits war von jubelndem Beifallsturm seitens unserer Kollegen begleitet, was dann die Hirsch-Duncker'schen mit Scheitel und Krone beantworteten. Da, in der höchsten Noth, sprach Herr Schäler, Parteisekretär der Volkspartei, in die Bresche und erklärte, da es nun 11 Uhr sei, könne er nicht mehr erwidern (der Beamte hatte uns vorher gesagt, es komme ihm nicht auf eine halbe Stunde an; durch die Denunziation des Herrn Schäler sah sich derselbe allerdings genöthigt, um 11 Uhr Schluß zu machen) und machte den Versuch, die Versammlung zu sprengen, was allerdings an der Munde der Versammlungsmehrheit scheiterte. Die meinen Ausführungen zustimmende Resolution wurde, während die Hirsch-Duncker'schen unter lebhaftem Beifall der Anstigen abgaben, einstimmig angenommen. Es blieb dem Leibadjutanten des großen Eugen nichts anderes übrig, als seinen Muth an dem Tag in der „Hagener Zeitung“ abzuladen. Es ist allerdings auch zum Staunen, in der eigenen Hochburg so leind heimgeschickt zu werden. Die in der Bielefelder Versammlung erschienenen Hirsch-Duncker'schen mochten wohl ein Viertelbündel zählen und erst auf wiederholte Aufforderung machte ein Herr Zimmermann den verunglückten Versuch, die Gewerbevereine als die allein richtigen Organisationen hinzustellen; als ihm nachher ein Bielefelder Kollege sein unkollegiales Verhalten in der Fabrik vorhielt, mochte er offenbar die Wahrheit nicht hören und ergriff unter dem Gelächter der Versammlung eiligst die Flucht.

Die drei letzten Versammlungen in Brackwede, Herford und Minden standen schon unter dem Einfluß der Wahlbewegung; aber gerade an letzteren Orten thut es dringend noth, starke Organisationen zu errichten, denn die Verhältnisse für die Metallarbeiter sind dort geradezu tieftraurig, ein Tagelohn von M. 2,50 wird als gut bezeichnet und die Arbeitszeit hat fast keine Grenzen. —

Möge der frisch ausgestreute Same aufgehen und von den Kollegen gepflegt werden, dann wird es auch in Rheinland und Westfalen, wie überall, vorwärts gehen, denn der Gemischschuß für unsere Organisation dort heißt Mangel an Kräften; es gibt wohl intelligente Kollegen genug, aber sie arbeiten ungenügend; an einzelnen Orten besitzen wir Kollegen, die neben großem Geschick auch einen rührigen Eifer entwickeln, diese sind auch vorwärts gekommen in den letzten Jahren, mögen sie als leuchtendes Vorbild dienen.
Frankfurt a. M. im Mai 1898. J. Dejung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit sind mehrfach Anträge beim Vorstand eingereicht worden, die durchaus nicht den an sie billiger Weise zu stellenden Anforderungen entsprechen und machen wir an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam, daß nur solche Anträge auf Unterstützung nach § 2c im Vorstand zur Beratung gelangen, die neben einer Schilderung der die Nothlage veranlassenden Umstände eine genaue Angabe der Familienverhältnisse (Familienstand — ob ledig oder verheiratet und ev. Kinderzahl) enthalten und von der Ortsverwaltung geprüft, begutachtet und unterzeichnet sind. Außerdem ist in derartigen Anträgen stets die Höhe der gewünschten Unterstützungen anzugeben sowie das Mitgliedsbuch des Antragstellers beizufügen.

Rechtschutzanträge müssen ebenfalls eine genaue Schilderung des ihnen zu Grunde liegenden Sachverhalts enthalten, von der Ortsverwaltung gewissenhaft geprüft und begutachtet sein. In komplizierten Fällen ist ein Gutachten eines Rechtsanwalts beizufügen. Etwaige auf den Prozeß Bezug habende andere Schriftsätze, wie Anklage- und Klageschriften und deren Beantwortungen sind, sowie Alles, was zur Orientirung über den Sachverhalt dienen kann, im Original oder in Abschrift dem Antrage beizufügen. Ebenso ist auch hier das Mitgliedsbuch des Antragstellers mit einzulegen.

Anträge auf Beitragsbefreiung sind nur durch die Bevollmächtigten der Orte zu stellen, an denen die Erleichterung von Bewaltungen nicht möglich ist. Diesen Anträgen braucht das Mitgliedsbuch nicht beigelegt zu werden, sondern es genügt die Angabe der Ursachen der Beitragsbefreiung, auf wie viel Wochen und welche sie sich ausdehnen soll und die Erklärung des Bevollmächtigten, daß ihm die Ursachen nachgewiesen worden sind. Diese Anträge können mit den Quartalsabrechnungen (gleich mehrere zusammen), oder einzeln per Postkarte eingereicht werden.

Anträge auf Ausschluß aus dem Verband müssen den genauen Sachverhalt und die Personalien nebst Mitgliedsbuch-Nummer und Adresse des Ausschließenden enthalten und von der gesammten Ortsverwaltung geprüft und unterzeichnet sein.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: Nr. 92205 des Schlossers August Hahn, geb. zu Wiesbaden am 17. Februar 1877. 118792 des Formers Hugo Fügert, geb. zu Frankenberg am 16. März ?

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7a des Statuts auf Antrag der Verwaltungsstelle Grünberg i. Schlefien:

229033 der ? Paul Küber, geb. zu ? am ? wegen Verdächtigung der Ortsverwaltung und Unredlichkeit gegen Arbeitskollegen. Verwaltungsstelle München, Sektion der Spengler: 239331 der Schleifer Gottlieb Eger, geb. zu Augsburg am 8. September 1868; 239258 der Eisenbreher Josef Mattschetz, geb. zu Willach am 27. Mai 1872, Beide wegen Verdächtigung.

Nicht wieder aufnahmefähig wird auf Antrag der Verwaltungsstelle Schw. Grund erklärt der Former Anton Pappas, geb. zu Havensburg am 4. November 1869, B.-Nr. 78402 wegen Denunziation.

Die Mitglieder Hermann Maier, B. Nr. 110 029 und Friedrich Weiße, B. Nr. 72 738, werden hierdurch zur Angabe ihrer Adresse aufgefordert, da seitens der Einzelmitglieder in Gößnitz (S.-Altenburg) ihr Ausschluß aus dem Verband beantragt ist, damit dieselben die Belastungsgründe mitgeteilt werden können.

Maier und Weiße sind dieser Tage von Gößnitz abgereist. Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden ersucht, dieselben bei eventueller Durchreise an den Vorstand zu weisen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Bednarstraße 160II, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Der Schlosser Karl Dohbert aus Stargard i. P., wird aufgefordert, das beim Vorstand bestellte Ersatzmitgliedsbuch gegen Einsendung des Betrages von 40 J abzuordern.

Der Schlosser Wilhelm Stille, geb. zu Hamm am 6. August 1868, zuletzt Deynhausen, wird um Angabe seiner Adresse gebeten.

Das Gleiche gilt von dem Schleifer Gottlieb Eger, geb. zu Augsburg am 8. September 1868, B.-Nr. 239 331 eingetreten in München.

Aufforderung.

Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden hierdurch ersucht, alle entbehrliehen Exemplare von Nr. 15 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart einzusenden!

Korrespondenzen.

Former.

Galle a. Z. In der am 26. Mai abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Former und Hilfsarbeiter erstattete Kollege Hünze Bericht über den Stand der Aussperrung und legte nochmals die Mißstände, welche zur gemeinschaftlichen Handlung der Kollegen geführt haben, dar. Vier Wochen seien verfloßen, und endlich hielt es die Firma für geboten, mit der Kommission zu unterhandeln. Die Herren, vertreten durch zwei Firmeninhaber und ihren Bruder, erklärten sich schon bei Punkt 1 der Forderungen (i. die Forderungen in Nr. 20) nicht einverstanden, jedoch behielten sie sich den Punkt „Lohnarbeit für sämtliche Former“ zur Ueberlegung vor. Den Kernmachern wurde 35 J bewilligt, dagegen den Hilfsarbeitern nur 27 J pro Stunde. Hienzu erklärt die Firma, Jeden nach Leistung zu bezahlen, Jeder könne es bis zu 30 J bringen. Punkt 2 wurde bewilligt. Bei Punkt 3 scheiterte die Unterhandlung. Kollege Hünze führte nun an, daß es den Herren nun möglich wäre, mehr zu zahlen als ihre alten bewährten Leute forderten. Er theilte ferner mit, daß die Firma unter erheblichen Kosten und unter Vorpiegelung falscher Thatfachen Former heranzuziehen sucht. Bedauerlich sei es, daß sich noch immer Kollegen finden, welche sich verleiten lassen, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Es haben acht Kollegen während der Sperre bei der Firma gearbeitet, von denen jedoch schon drei wegen zu großer Fertigkeit entlassen werden mußten. Die Uebrigen sind auch nicht veranlagt, den Sieg der Ausstehenden illusorisch zu machen. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung der Former und Hilfsarbeiter erklärt sich mit der Haltung der Kommission in der Verhandlung mit der Firma Prinzler u. Söhne einverstanden und verpflichtet sich, mit allen Mitteln die Aussperrung zu unterstützen.“ Die Situation ist für uns äußerst günstig, darum Kollegen, haltet den Zuzug fern und der Sieg ist unter.

Klempner.

Leipzig. Eine öffentliche Klempnerversammlung fand am 16. Mai in der Flora statt. Tagesordnung: 1. Die moderne Arbeiterbewegung; 2. Abrechnung vom Winterver-

gnügen; 3. Gewerkschaftliches. Kollege Böhme schilderte die politischen und gewerkschaftlichen Zustände der Neuzeit. Er wies auf den Verband der Großindustriellen hin und hob hervor, daß die Arbeiter sich immer fester zusammenschließen müssen, um nicht dem Großkapital zu unterliegen. Sobald die Arbeitgeber merken, daß die Arbeiter in der Organisation nachlassen, sind sie dabei, sie immer mehr auszunutzen. Der Verband der Kapitalisten wird immer größer und droht die Arbeiter zu vernichten. In Folge dessen müssen auch die Arbeiter in der Organisation immer stärker werden. Ein Hauptmittel zur Verbesserung unserer Lebenslage ist die Verkürzung der Arbeitszeit. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner im Sinne des Referenten aus und wurde hervorgehoben, daß die Klempner, die noch nicht in dem Maße wie die Arbeiter in Fabriken unter der Willkür des Großkapitals stehen, noch eher in der Lage sind, ihr Dasein zu verbessern, wenn sie zusammenhalten, wenn persönliche Streitigkeiten verschwinden und alle Kollegen dem Metallarbeiter-Verbande angehören. Nach der Abrechnung vom Wintervergnügen blieb ein Ueberschuß von 29,23 M. Mit früheren Vergnügen betrug die Einnahme 135,28 M. Für Unterstützungen waren 51,95 M verausgabt, so daß ein Restbestand von 83,93 M verbleibt. Die Redatoren haben dies für richtig befunden und bestätigt. Unter Gewerkschaftlichem wurde ein Aufruf der Leipziger Wochenschrift vorgelesen, worin sie den Werkführer des Herrn Bernhard Frauenheim in Magwitz, Herrn Friedrich Lenz, der dort sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte, als einen Mann bezeichnet, der durch Treue in der Arbeit, unermüdblichen Fleiß, Anhänglichkeit an seinen Prinzipal und Freundschaft zu seinen Mitarbeitern, einen Jubilar darstellt, der Kopf und Herz an der richtigen Stelle trägt. Am Jubiläumstage wurde ein Sertett: „Das ist der Tag des Herrn“, gespielt. Hauptsächlich mit dem Satz von der „Freundschaft zu seinen Mitarbeitern“ konnten sich die Versammelten durchaus nicht einverstanden erklären, da das Verhalten des Herrn Lenz während des Streiks von 1896 sehr viel zu wünschen übrig ließ. Hierauf folgte das Ausrufen der größeren Werkstätten, um zu sehen, welche Kollegen die Versammlungen schwänzen. Die Kollegen der Firmen Wilhelm, Bernmann, Koloff und Miethe fehlten. Auch wurde beschlossen, eine Zählung der Kollegen am Orte vorzunehmen. Das diesjährige Sommerfest ist am 14. August in der goldenen Krone zu Sonnenwiz. Nachdem ein Aufruf an die Kollegen erging, sich rege an der Reichstagswahl zu beteiligen und in den Wahlverein einzutreten, sowie für die Leipziger Volkszeitung zu agitieren, fand die Versammlung ihren Schluß.

Metall-Arbeiter.

Düsseldorf. In der letzten Mitgliederversammlung, in welcher die Differenzen bei Rosenhanen auf der Tagesordnung standen, wurde das Vorgehen der Hirsch-Dunder'schen einer Kritik unterzogen. Dieselben hatten sich erst mit uns solidarisch erklärt; wir hatten auch den Erfolg zu verzeichnen, daß die Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden herabgesetzt wurde, der Direktor versprach, die Ueberstunden gänzlich abzuschaffen. Nachdem nun die am 21. Mai stattgefundene Versammlung hiervon Kenntnis genommen, beauftragte dieselbe die Kommission, nochmals bei Herrn Rosenhausen vorstellig zu werden, damit den Hilfsarbeitern die halbe Stunde nicht am Lohn abgezogen würde. Eine am 22. Mai stattgefundene Versammlung des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins erklärte nun, die Sperre sei „Unfinn“, auch sei dieselbe vom Metallarbeiter-Verband ohne Vorwissen der Arbeiter des Werkes verhängt. Die ganze Angelegenheit sei für sie zur vollsten Zufriedenheit erledigt. Angesichts der Thatfache, daß in der Versammlung, in welcher die Sperre verhängt wurde, 50 Arbeiter von Rosenhausen anwesend waren, und auch die dort beschäftigten Former, welche im Zentralverein fast vollständig organisiert sind, Vertreter geschickt hatten, so wurde die Behauptung der Hirsch-Dunder'schen, welche auch in der hiesigen „Bürger-Zeitung“ bekannt gemacht wurde, als Unwahrheit bezeichnet. Es wird den Herren wahrscheinlich nicht sehr angenehm sein, daß 40 Arbeiter von Rosenhausen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten, während der Gewerksverein leer ausging. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution einstimmig an. „Die heute am 28. Mai stattfindende D. M. A. hebt die über die Firma Rosenhausen verhängte Sperre auf, erklärt jedoch die Behauptung, dieselbe wäre ohne Wissen der dort beschäftigten Arbeiter erfolgt, für eine Unwahrheit.“ Ferner theilen wir den Kollegen noch mit, daß der Zuzug von Klempnern wieder frei ist, da der Streit in den hiesigen Eisstraßenfabriken mit einem Siege der Arbeiter beendet hat. Es wurde in den 3 Werken die 9stündige Arbeitszeit und entsprechende Lohnhöhung er-rungen.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Hannover. Eine stark besuchte öffentliche Schlosserversammlung fand am 25. Mai im „Ballhofe“ statt. Kollege Heber gab die von der Lohnkommission an die Meister gestellten Forderungen, sowie das Antwortschreiben der Schlosserinnung bekannt. Es wurde vier Kollegen der Lohnkommission, die bei Innungsmeistern thätig sind, die Vollmacht übergeben, mit den Meistern zu verhandeln, doch behält sich die Versammlung die Entscheidung über die gefassten Beschlüsse vor. Auf Anfrage eines Kollegen wurde sodann festgestellt, daß Zweidrittel der Anwesenden bei Innungsmeistern und Ein Drittel bei Nichtinnungsmeistern beschäftigt sind. Betreffs des Antwortschreibens der Innung, daß der Arbeitsnachweis sich nach wie vor Köpferstraße 11 befindet, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Schlosserversammlung, die von Innungs-, sowie auch von Nichtinnungsgefelln und Meistern besucht ist, hält es für rathsam, als gemeinsamen Arbeitsnachweis der gesammten Schlosser nur den Arbeitsnachweis bei J. Stragner, Langestraße 2, anzuerkennen, weil sonst die Regelung der Lohnbewegung nicht im gemeinsamen Interesse von Meistern und Gefelln durchgeführt werden kann.“ Betreffs der Stellung zu den Nichtinnungsmeistern wurde beschlossen, an diese ein Schreiben zu richten, worin sie ersucht werden sollen, zu erklären, ob sie mit den Forderungen der Lohnkommission einverstanden sind. Auf Anfrage des Vorsitzenden, ob Meister anwesend sind, meldete sich, nachdem Kollege Bormann ausführte, daß, wenn die anwesenden

Meister sich nicht zum Worte meldeten, man annehmen müsse, daß sie sich mit den Forderungen einverstanden erklären, der Schlossermeister Wagener zum Worte und machte unter Anderem den Vorschlag, die viertelstündige Vesperpause einzuführen, um dadurch die 9 1/2 stündige Arbeitszeit zu erzielen. Auch war demselben der Ausschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu hoch. Die Ausführungen des Herrn Wagener wurden durch verschiedene Kollegen widerlegt. Kollege Mühle theilte dann noch mit, daß die von der Lohnkommission abgeschickten Einladungsbriefe nicht sämtlich in die Hände der Gefelln gelangt seien. Es wird deshalb das Ersuchen an die Kollegen gestellt, der Lohnkommission entsprechend Mittheilung zu machen, damit dieselbe weitere Schritte thun kann. Mit einem Appell an die Versammlung, sich Mann für Mann dem D. M. A. anzuschließen, da nur durch eine stramme Organisation den Forderungen Nachdruck verliehen werden kann, erfolgte sodann Schluß der Versammlung. — Zuzug ist streng fernzuhalten.

Mannheim.

Zwischen den Mannheimer Schlossermeistern und ihren Gehilfen scheint es zu ersten Differenzen kommen zu wollen. Es wird wohl noch manchem Kollegen in Erinnerung sein, daß im vorigen Jahre nach einem 10tägigen Ausstände der Verein selbstständiger Schlossermeister Mannheims die Forderungen der Gehilfen für berechtigt anerkannte und unterschreiben bewilligte. Es war jedoch nicht ein Jahr verfloßen, da haben die Meister ihr Wort schmählich gebrochen. Der Mindestlohn von 23 J pro Stunde wird fast nirgends mehr bezahlt und auch die übrigen Bewilligungen haben die Herren vergesen. Zu allem Ueberflusse suchen sie aber noch den Gefelln eine Arbeitsordnung aufzuzwängen, die nur mit Pflichten und Strafen des Arbeiters rechnet und Rechte des Gehilfen gar nicht kennt, die wohl am Königreich Stumm Anerkennung finden könnte, niemals aber bei Arbeitern, welche gewöhnt sind, ihre Arbeitskraft auf Grund eines freien Arbeitsvertrages in den Dienst eines Arbeitgeber zu stellen. Die Arbeiter weigerten sich dem auch, diese Gefängnisordnung zu unterschreiben und wählten in einer öffentlichen Versammlung am 30. April eine Kommission, welche sich mit der Meistervereingung in Verbindung setzen und gemeinschaftlich mit derselben eine Arbeitsordnung ausarbeiten sollte. Auf die Anfrage dieser Kommission, ob die Meister gewillt seien, mit ihr in Unterhandlung zu treten, lief am 21. Mai, Nachts 11 Uhr, folgende Antwort ein: „Verein selbstständiger Schlosser Mannheims, 21. Mai 1898. An den Vorstand der Sektion der Bauhofsloher. Verantwortlich Ihres Schreibens vom 15. ds. Mts. theilen wir Ihnen mit, daß die Werkstattordnung bezirksamtlich genehmigt ist und nur Paragraphen der Gewerbeordnung enthält. Was Ihre Drohung anbelangt, diese Sache zu veröffentlichen, legen wir Ihnen keinen Zwang auf. Der Vorstand. Vokal: Stadt Rüd. Wir ersuchen Sie hiermit, Ihre Anstände uns mitzutheilen.“ — Die Versammlung der Bauhofsloher, die am 21. Mai stattfand, gibt den Meistern, da das Schreiben ohne Stempel und Unterschrift ist, folgende öffentliche Antwort: „Die Bauhofsloher Mannheims verlangen, daß alle Bewilligungen, welche seitens der Meister im vorigen Jahre gemacht wurden, in der Arbeitsordnung festgelegt und daß sämtliche Paragraphen der unannehmbaren Arbeitsordnung im Einvernehmen mit der Gehilfenkommission so umgeändert werden, daß die Gehilfen sie annehmen können, ohne sich ihrer Ehre als freie Arbeiter etwas zu vergeben. Wenn die Meister gewillt sind, auf dieser Grundlage mit der Gehilfenkommission zu verhandeln, werden sie ersucht, sich mit denselben in Verbindung zu setzen.“ Den Kollegen aber rufen wir zu: Haltet zusammen, wahrt eure Rechte und agitirt kräftig für den Verband, denn nur Einheit macht stark. Bauhofsloher, meidet vorläufig Mannheim!

Feilenhauer.

Düsseldorf. Die Feilenhauer Düsseldorf haben beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Forderungen sind: 1. Aufbesserung des Akkordpreises, event. Feilen unter 13 Zoll, Hand- und Armsfeilen, Strohsfeilen. 2. Regelmäßige Arbeitszeit von 10, Samstag 9 Stunden. 3. Abschaffung der Ueberarbeit, ev. für Ueberarbeit 25 Prozent Zuschlag. — Die Haltung der hiesigen Kollegen ist eine gute, dem günstigen Geschäftsgang zufolge muß der Sieg auf unsere Seite fallen. Wir appelliren nun an Euch, und im Kampfe moralisch in jeder Hinsicht zu unterstützen und Düsseldorf so lange zu meiden, bis unsere gerechten Forderungen bewilligt sind. Bessere Reiner Streikarbeit, haltet die reisenden Kollegen ab nach Düsseldorf zu kommen, damit uns kein Hinderniß in den Weg gelegt wird. Unser Sieg ist auch Euer Sieg! J. A.: Die Lohnkommission.

Technisches.

Göthverfahren für Aluminium, seine Legirungen und Aluminium mit anderen Metallen.

Trotz der zahlreichen bisher angepriesenen Aluminium-Löthe stieß eine praktische und dauerhafte Verlöthung von Aluminium auf große Schwierigkeiten. Die durch die verschiedenartigsten Mittel erreichte Verbindung von Aluminium stücken unter sich ist mehr ein Zusammenleben oder ein unter Einwirkung großer Hitze bewirktes Zusammenfließen. Im ersteren Falle bedarf es, wie wohl jeder Sachmann weiß, nur einer verhältnißmäßig geringen Kraftaufwendung, um die Löthnaht aufzureißen, und im anderen Falle bewirkt die zur Herstellung der Schweißnaht verwendeten Metallsalze schon nach wenigen Wochen die Zersetzung des Aluminiums an der Stütze durch Oxidation. Ein haltbares Weich- oder Hartlöthe von Aluminium und dessen Legirungen, sowie eine dauerhafte Verlöthung von Aluminium mit anderen Metallen will nun die Firma Wilhelm Berg, Lüdenscheid durch eine Göth-Legirung erreichen, deren Zusammensetzung augenblicklich noch Geheimniß, aber bereits zum Patente angemeldet ist. Zum Löthen werden kupferne Göthkolben oder auch die Löthlampe benutzt. Die zusammenzulöthenden Theile müssen vorher gut von Schmutz gereinigt und von der Oxidhaut befreit werden. Dies geschieht am Besten durch Abschaben oder Abfeilen vermittelst eines geeigneten Instrumentes. Bei manchen Gegenständen genügt auch ein Abbeizen in Natriumlösung und in unmittelbarer Folge sorgfältiges Abspülen in reinem Wasser. Die zu verbindenden Stellen hat man vermittelst des

hic zur Kirschrothglüh-Spike erwärmten Kolbens oder unter der Röhrlampe so gleichmäßig wie möglich mit dem Lotze zu überziehen. Dabei ist von besonderer Wichtigkeit für die Haltbarkeit der Lötstange, daß der Ueberzug der Lötstange in gleichmäßiger Stärke erfolgt, so daß ein Aluminiumstück glatt auf das andere aufgelegt werden kann. Ist letzteres geschehen, so löthet man in üblicher Weise mit dem kirschrothen Kolben und hält die Lötstelle bis zum Erkalten unter Druck, da sonst das noch flüssige Lot unter Umständen durch Federung der Bleche auseinander gerissen werden könnte.

Da der Kolben möglichst warm verwendet werden muß, so empfiehlt es sich, denselben entweder recht groß zu nehmen oder zwei Kolben abwechselnd zu benutzen, so daß der eine im Feuer liegt, während mit dem anderen gearbeitet wird. Letzteres Verfahren ist deshalb empfehlenswerther, weil ein leichter Kolben handlicher ist, wenn auch ein großer länger Spike hält.

Sobald der Kolben soweit abgekühlt ist, daß das Lot unter ihm nicht mehr glatt fließt, muß er aufs Neue ins Feuer gebracht werden. Es ist unbedingt nothwendig, den Kolben vor dem Löthen mit einer Feile gut zu reinigen, und seine Spitze durch Bestreichen mit dem Lotze zu überziehen. Im Verlaufe der Lötarbeit wird die Lötmasse dann in üblicher Weise mit dem Kolben aufgenommen.

Das Verfahren selbst kann von dem betreffenden Handwerker, der sich die nothwendigen, für ihn am zweckmäßigsten Handgriffe aneignet, durch Uebung leicht erlernt werden. Geschickte Arbeiter sind im Stande, in der Stunde eine gute Lötstange von 400-500 Cm. Länge fertig zu stellen, was einer Tagesleistung von 40-50 St. entspricht. Zur näheren Erläuterung wollen wir folgendes Beispiel besprechen.

Nun z. B. zwei Blechstücke aneinander zu löthen, reinigt man zunächst die entsprechenden Ränder sorgfältig mit einem Schabmesser. Dann nimmt man den rothglühenden, oder doch kaum schwarz gewordenen Kolben zur Hand, reinigt dessen Spitze durch einige Feilenstriche und bestreicht dieselbe sorgfältig und gleichmäßig mit dem Lotze, welches hernach auf die abgefeilten Ränder der Aluminiumblechstücke aufgetragen wird.

Die zu verbindenden Stücke werden am Besten mit der linken Hand mit Hilfe eines geeigneten Instrumentes, das man aus starkem Eisenblech leicht selbst herstellen kann, auf einer Unterlage von Aluminium-Blech festgehalten, während die rechte Hand den Kolben handhabt, das Lot aufträgt und glatt streicht. Es ist, wie schon oben gesagt, absolut erforderlich, daß das zu bearbeitete Lot auf beiden Blechflächen vollkommen glatt und eben ist; etwa vorhandene Unebenheiten müssen vermittelt des Schabers oder einer Feile entfernt und die Ränder, wenn nöthig, mit einem Polzhammer gerade geklopft werden.

Sind alle diese Vorichtsmaßregeln beobachtet, so legt man beide Blechstücke mit den mit Lot überzogenen Rändern sorgfältig aufeinander, hält sie vermittelt des erwähnten Druckinstrumentes in der gegebenen Lage fest und löthet, indem er reichlich mit Lot versehene Kolben am Rande des oben liegenden Blechstückes entlang geführt wird. Auch hierbei muß man das Lot gleichmäßig auftragen und vor allen Dingen eine Verschiebung der zu löthenden Bleche gewissenhaft vermeiden.

Ungemein wichtig ist für das Gelingen der Arbeit, daß man die Bleche noch so lange — einige Sekunden — unter Druck hält, bis das Lot hart geworden ist. Dann dreht man das Arbeitsstück um und löthet, ebenfalls unter Zuhilfenahme des erwähnten Druckinstrumentes, auf gleiche Weise von der anderen Seite.

Die fertige Lötstange muß schließlich mit der Feile, falls erforderlich, nur noch ein wenig gepußt und das Blech an den Rändern bestreift werden. Wurde die Arbeit richtig ausgeführt, so kann die Lötstange unbefehdet ihrer Haltbarkeit gekümmert, gewalzt, gestanzt und gebogen werden.

Um andere Gegenstände als Bleche zu löthen, muß man die oben geschilderte Methode entsprechend verändern und der Form der Arbeitsstücke möglichst anpassen. Einem geschickten und überlegenden Fachmann wird dies keinerlei Schwierigkeiten verursachen.

Ein Hauptvorteil des neuen Aluminiumlotthes liegt, wie die Gründe hervorheben, darin, daß es mit dem gewöhnlichen Lötfolben verarbeitet werden kann, und daß man eine ausgezeichnete Lötstange erzielt, ohne daß das zu verlöthende Metall selbst ausgeglüht und dadurch weniger widerstandsfähig gemacht wird.

Die Lötung geht in Folge der eigenartigen Zusammensetzung der Legirung vollständig oxydfrei, zeit-, wider- und wasserbeständig sein, daher dem Verwittern wenig unterliegt. Die Lötstange, die wie bereits erwähnt, gekümmert, gewalzt und gestanzt werden kann, soll große Zerkleinerbarkeit besitzen.

Mit Hilfe des Bergischen Aluminiumlotthes lassen sich auch Kupfer und andere Metalle mit Aluminium plattieren. Man überzieht zu diesem Zwecke eine Aluminiumblechtafel mit der Lötlegirung und verbindet erstere in warmem Zustande unter einer Walze oder Presse mit einer einseitig verzinkten Kupfer-, Messing- u. dgl. Platte. Zur Ausführung des Plattirungsverfahrens in der Praxis sind aber besondere mechanische Vorrichtungen erforderlich.

Wesentlich ist die Sache so interessant, daß die Tagespreise nicht häufig genug darauf zurückkommen kann, umso mehr, als sich die Verwendung des Aluminiums in der Metallindustrie von Tag zu Tag steigert. Abgesehen von den wirklichen neuen Handgriffen und Regeln, die bei der Verarbeitung des Bergischen Aluminiumlotthes beobachtet werden sollen, sind die Ausführungen auch infolge von Nutzen, als mancher Fachmann durch die Lesüre unseres Artikels zu eigenen speziellen Verfahren angeregt werden dürfte. Je mehr Berichte aber, desto mehr Ansporn auf ihre Beseitigung eines der wichtigsten Arbeitsprozesse der Kunst.

Vermischtes.

Gegen das Reichstagswahlrecht schreiben die „Frankfurter Nachrichten“: Unserer Ansicht nach kann für die Zukunft nur die Beseitigung der geheimen Stimmabgabe, die

Hinauffetzung des Alters für Ausübung des aktiven Wahlrechts auf das 30. Lebensjahr und die Vorschrift in Betracht kommen, daß Niemand an einem Orte wahlberechtigt ist, an dem er nicht 2 bis 3 Jahre berechneten Wohnsitz hat. Diese Abänderungen dürften genügen, um alle Mißstände zu beseitigen, die mit dem jetzigen Wahlrecht verknüpft sind.

Das ist also das Mindeste, was reaktionäre Freiheit fordert. Wie viel Arbeiter, die bei der Unsicherheit ihrer Arbeitsstellen von Ort zu Ort getrieben werden, gingen wohl dann des Wahlrechts verlustig? — Doch auch die National-liberalen werden immer dreister gegen das Reichstagswahlrecht auf. Die „National-liberale Korrespondenz“ schreibt: „Im national-liberalen Wahlausruf steht deutlich, daß die national-liberale Partei an dem verfassungsmäßig bestehenden Wahlrecht festhält. Das Wahlrecht ist aber noch nicht gesichert, wenn es in einem Wahlausruf steht. Sollen Rechte von Bestand sein, dann dürfen sie auch nicht mißbraucht werden.“

„Mißbrauch“ wird nach Ansicht der National-liberalen also das Wahlrecht, wenn die Wähler anders als national-liberal wählen! Schon die Thatsache, daß die Arbeiter sozial-demokratisch wählen, wird als „Mißbrauch“ bezeichnet und deshalb die Beseitigung des Wahlrechts verlangt. Die Offenheit der „National-liberalen Korrespondenz“ ist anerkennenswerth!

Zur Lebensmittelerzeugung. Die Steigerung der Getreidepreise macht weitere Fortschritte. Die Landwirtschaftskammer notirte kürzlich in Berlin 257 M für Weizen und 183 M für Roggen. Das sind 8 M mehr für Weizen und 4.50 mehr für Roggen als am Tage vorher. Nach dem Bericht der „Nationalzeitung“ vom Produktenmarkt ist der Preis für guten Weizen schon auf 268 M angelangt und der Preis für solchen Roggen auf 180-181 M. Die agrarische Presse verfolgt die Preissteigerung auf eine künstliche Einspernung der Weizenvorräthe in Chicago durch den Hauje-spekulanten Leiter zurückzuführen. Ohne Vorhandensein von anderen Gründen, die die Preissteigerung rechtfertigen, würden aber auch solche Spekulationen für den Weltmarkt nichts verschlagen. Bezeichnend ist es, daß in Newyork jetzt auch die Preise der späteren Termine bedeutende Sprünge aufweisen. Juli von 113 auf 128 1/2, September von 93 1/2 auf 102, sogar Dezember von 88 1/2 auf 95. Auf dem Berliner Getreidemarkte sind auch die Lieferungspreise für Juli und September vor Kurzem für Roggen und Weizen erheblich gestiegen. In äußerst schlagender Weise zeigt eine Statistik des „Arbeitsmarkt“ (Herausgeber Privatdozent Dr. Jastrow), wie ungünstig sich das Zusammenreffen von gesteigerten Getreidepreisen mit der verminderten Arbeitsgelegenheit für die ärmere, von der Hand in den Mund lebende Bevölkerung gestaltet. Nach Hamburger Notirungen kosteten 1000 Kilogramm holsteinischer Weizen am 28. Febr. 182-193 M, dagegen am 30. April ds. Js. 246-255 M, mecklenburgischer Roggen 140-150 bezw. 175-185 M, russischer Roggen 111 bezw. 136 M. Dagegen bewarben sich um je 100 offene Arbeitsstellen nach den Berichten der deutschen Arbeitsnachweise im April 1898: 113,6 Arbeiter gegen 106,8 im April vorigen Jahres und gegen 108,8 im März dieses Jahres. Obwohl mit dem Frühjahr die Arbeitsgelegenheit sonst zunimmt, ist diesmal eine Abnahme zu konstatiren. Und angesichts dieser Ziffern schwagt man noch auf agrarischer Seite von „günstiger Konjunktur“ und wagt es, die Nothlage zu beschönigen?

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dick' Verlag) ist soeben das 35. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Sozialphilosophische Irrgänge. Von Heinrich Cunow. — Die arbeitenden Klassen in Berlin und die städtische Fürsorge. Von Dr. E. Hugo. — Was die Arbeiter in der Schweiz seien. Von Dionys Zinner. — Litterarisches Handbuch. — Fenilleton: Domatiane. Von René Bazin. Autorisire Uebersetzung aus dem Französischen von Jna Saa. (Fortsetzung.)

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Altenburg.** Sonnabend, 4. Juni, fällt die Versammlung aus; Bücherausgabe findet statt.
- Altena.** Montag, 13. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Christianen, Blumenstr.
- Berlin.** Vertrauensmännerkonferenzen: Sonnabend, 4. Juni, für **Moabit**. — Mittwoch, 8. Juni, Abds. halb 9 Uhr, für **Gröden, Westen** und **Schönberg**.
- Berlin.** Sonnabend, 11. Juni, Sternstr. 9.
- Carlsbad.** (Allg. und Sektion der Formier.) Samstag, 4. Juni, Abds. 8 Uhr, im „Rustigen Hof“. Vortrag von Kollege Seipmann: Die deutschen Vollerparnen in ihrer Entwicklung. Bericht vom Gewerkschaftsstatist.
- Crimmitschau.** Sonnabend, 11. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Bahnhofsplatz bei Ahnert, Zentralthierberge.
- Darmstadt.** Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Sonntag im Monat in der Zentralthierberge („Gold. Pfau“) große Dörsengasse 15, statt.
- Eßen (Ruhr).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, Vorm. 11 Uhr, in der „Rothenburg“.
- Frankenthal.** Samstag, 4. Juni, keine Versammlung. Beiträge und Aufnahme werden von 8-9 Uhr im Lokal entgegengenommen.
- Göppingen.** Sonntag, 4. Juni, Abds. 8 Uhr, in den „3 Zünge“.
- Greiz.** Sonnabend, 4. Juni, Bahnhofsplatz im Verkehrslokal. Wahl eines Bevollmächtigten.
- Halle.** Montag, 6. Juni, bei Badage, Baustraße 3. Wahl eines Schriftführers und eines Delegirten zum Gewerkschaftsstatist.
- Hannover.** (Allg.) Am 4. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im „Ballhof“.
- Hannover.** (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 11. Juni, bei Kottje.

- Kaiserslautern.** (Allg.) Samstag, 11. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, Steinstr. 26.
- Karlsruhe.** (Sektion der Bauschlosser.) Samstag, 4. Juni, Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna“.
- Karlsruhe-Mühlburg.** Samstag, den 4. Juni, im „Ritter“. Vortrag.
- Kiel.** Mittwoch, 8. Juni, Abds. 8 Uhr, bei Ahrend, Alte Reihe 8.
- Konstanz.** Donnerstag, 9. Juni, Vorm. halb 10 Uhr, in der „Markthalle“. Wahl des Bevollmächtigten.
- Ludwigsburg.** Montag, 6. Juni, Abds. 6 Uhr, bei Otto Schulz.
- Ludwigsburg.** Samstag, 4. Juni, Abds. halb 9 Uhr, in der „Linde“.
- Ludwigsburg a. Rh.** Samstag, 11. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“ (Ecke der Jäger- und Marktstraße).
- Münster.** Sonnabend, 4. Juni, Abds. halb 9 Uhr, in der „Quelle“.
- Mühlheim a. M.** Sonntag, 5. Juni, Abds. 8 Uhr, bei Ab. Hof. Dittine (zum „Löwen“).
- Neumarkt i. O.** Sonntag, 5. Juni, Vorm. 10 Uhr, im Lokal. Von da ab alle 14 Tage.
- Nürnberg.** (Sektion der Reißzeugindustrie.) Montag, 13. Juni, bei Jantner.
- Rastatt.** Sonntag, 5. Juni, Nachm. 3 Uhr, bei Hofmeister (zum „Schloß“).
- Roslau.** Sonnabend, 11. Juni, bei Schreiber, Feldstr.
- Schramberg.** Samstag, 4. Juni, Abds. 8 Uhr, im „Mühle“.
- Stuttgart.** (Sektion der Formier.) Montag, 6. Juni, Abds. 6 Uhr, bei Vogel.
- Stuttgart.** (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 4. Juni, Abds. 8 Uhr, im „Gold. Bär“ (Gewerkschaftshaus) Spilingerstr.
- Stuttgart-Ostheim.** Samstag, 11. Juni, Abds. halb 9 Uhr, in der „Linde“ in Gablenberg. — In Gaisburg nächste Versammlung am 18. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im „Felsenfeller“.
- Velbert.** Samstag, 11. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Wwe. Kotterheidt, Neustr. 26. Vortrag über: Astronomie.
- Wittenberg.** Sonntag, 5. Juli, bei Herrn Otto, Töpferstr. 1.
- Zeit.** Sonnabend, 4. Juni, in Meined's Restaurant. Wie fördern wir unsere Organisation?

- Frankenthal.** Die Bibliothek ist geöffnet. — Bis 1. Juli erledigt sich die Stelle eines Einlassers, etwaige Reflektanten wollen sich beim Bevollmächtigten melden.
- Greiz.** Die Mitglieder Georg Gispert, B.-Nr. 251 192 und Rudolf Höfer, B.-Nr. 177 086, werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen gegen die hiesige Zahlstelle nachzukommen.
- Karlsruhe-Mühlburg.** Donnerstag, den 9. Juni, Waldseil.
- Limbach.** Sonntag, 5. Juni, Ausflug über Todenstein nach Gröna, Rabenstein. Sammeln Früh punkt 5 Uhr auf dem Altmarkt. Nachzügler werden nicht berücksichtigt.
- Ludwigsburg.** Der Former Konrad Stelz wird gebeten, seine Adresse an den Bevollmächtigten H. Paier, Bauhofstr. 55, einzusenden.
- Mühlheim a. M.** Unser Vereinslokal befindet sich vom 5. Juni ab im Gasthaus zum „Löwen“ von Ab. Hof. Dittine.
- Nürnberg.** (Sektion der Reißzeugindustrie.) Sonntag, 12. Juni, zum Gewerkschaftsfest „Park Zullnau“.
- Roslau.** Der Kupferschmied Hermann Pflug, Opt.-Nr. 229 111, wolle seine Adresse nach hier einreichen, damit ihm sein Mitgliedsbuch gesandt werden kann.
- Velbert.** Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich bis auf Weiteres beim Kassirer Joh. Peters, Nordstr. 2. Mitgliedszahlungen und Arbeitsnachweis Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 7-8 Uhr.

Freie Vereine.

Döbeln i. S. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, den 11. Juni, Abends halb 9 Uhr, auf der „Muldenterrasse“ Bericht von der Konferenz.

Öffentliche Versammlungen.

Wiesbaden. (Sektion der Spengler u. Installateure.) Samstag, den 11. Juni, öffentliche Versammlung im Vereinslokale, Ahlenstr. 6. Vortrag: Zweck und Nutzen der Organisation. Referent: Kollege Hausmann-Mainz.

Privat-Anzeigen.

- 173] 1 tücht. Feilenhauer sof. gef. **G. Purucker**, Reiz. Ein tüchtiger Feilenhauer wird gesucht. **Aug. Corgan**, Luxemburg-Bahnhof.
- 174] Tüchtige, solide Feilenhauergehilfen, wenn auch verheiratet, erhalten dauernde, angenehme Arbeit. **Fr. Wilh. Lüdtenberg**, Siegen.
- Eine Glasgroßhandlung, die eine Zinglererei neu eingerichtet hat, sucht zur Leitung derselben einen tüchtigen geübten **Zingler**.
- Offerten in ausführlicher Weise, mit Angabe des verlangten Wochenlohnes, sind an **Rudolf Hoffe**, Leipzig, unter **K. S. 3040** zu richten. [172]
- Schleifer-Gesuch.** Ein tüchtiger Feilenhauer, der auch im Schleifen von Grobgeschirr bewandert ist, findet dauernde Stelle bei **Oskar Bisler**, Freiburg i. B.
- Tüchtige Feilenhauer finden dauernde Beschäftigung. Reflektanten wollen sich gef. an das **Nachweisbureau der Sektion der Metz. u. Opt.** wenden (gegen Einreichung von 30 J Rückporto. [176]